



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

7 2

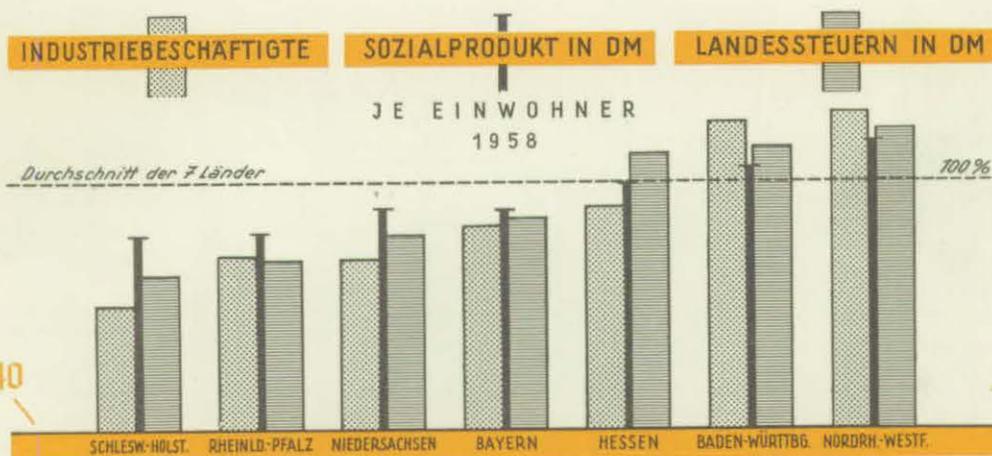
STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

12. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1960

- Aufsätze:
- Industrie 1959
 - Bauergebnis 1959
 - Bilanzstruktur 1957
 - Einzelhandelspreise 1959
 - Gemeindesteuern und Schlüsselzuweisungen
- Kurzberichte:
- Produktivität im Baugewerbe
 - Studenten der Volkswirtschaft
- Graphik des Monats: Bilanzstruktur



Herausgegeben vom
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

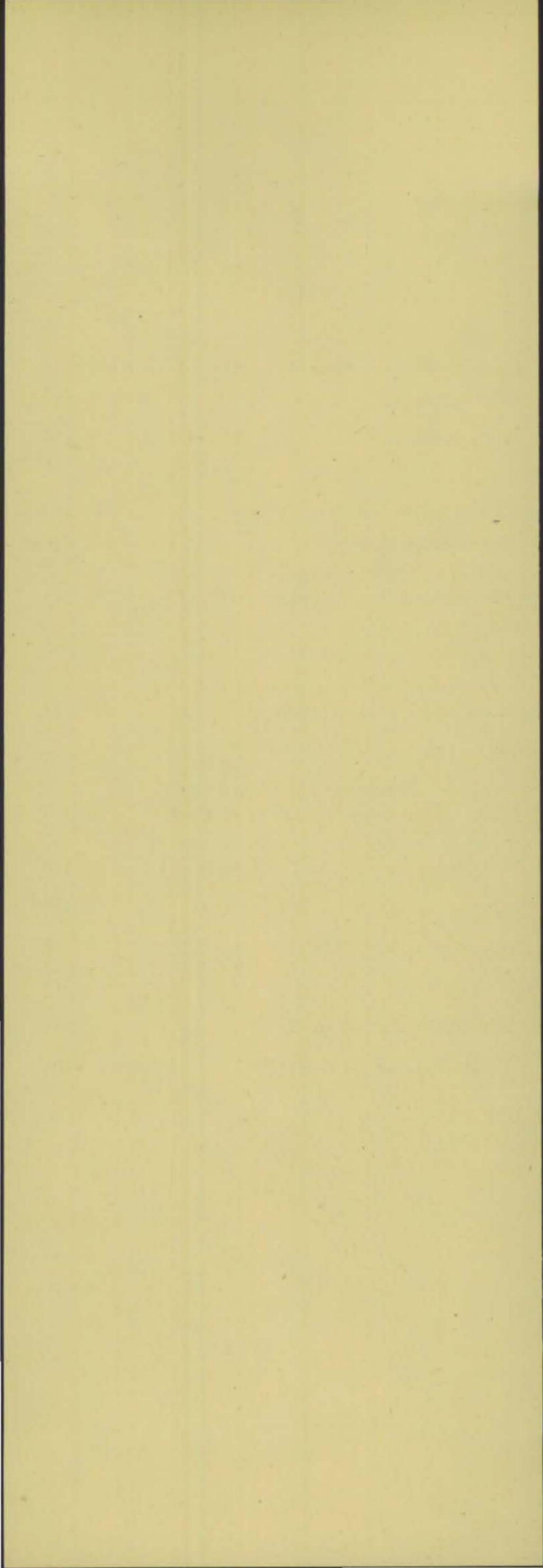
	Einheit	Monatsdurchschnitt		Veränderung in %
		April 1959 bis Aug. 1959	April 1960 bis Aug. 1960	
BESCHÄFTIGUNG				
Arbeitslose	1 000	24	15	- 40
INDUSTRIE				
Produktionsindex ¹	1950=100	234	253	+ 8
Beschäftigte ²	1 000	162	169	+ 4
Umsatz ^{2 3}	Mill.DM	514	524	+ 2
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill.Std.	23,7	24,2	+ 2
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁵	Mill.Std.	10,9	p 10,4	- 5
Erteilte Baugenehmigungen ⁶	Anzahl	1 761	1 586	- 10
HANDEL				
Ausfuhr	Mill.DM	73,6 ^a	p 88,2 ^a	+ 20
Einzelhandelsumsatz	1959=100	99	107	+ 8
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	3 834	4 154	+ 8
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	97	98	+ 1
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	132	132	-
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950=100	124	125	+ 1
landwirtschaftlicher Produkte ⁷	1950/51=100	137	p 134	- 2
Lebenshaltungsindex ⁸				
insgesamt	1950=100	120	123,0	+ 3
Ernährung	1950=100	126	130,4	+ 3
GELD UND KREDIT				
Kurzfristige Kredite ⁹				
Bestand	Mill.DM	1 006 ^a	1 163 ^a	+ 16
Zunahme	Mill.DM	+ 14 ^a	+ 22 ^a	x
Mittel- und langfristige Kredite ¹⁰				
Bestand	Mill.DM	2 332 ^a	2 747 ^a	+ 18
Zunahme	Mill.DM	+ 36 ^a	+ 30 ^a	x
Spareinlagen ¹¹				
Bestand	Mill.DM	1 160 ^a	1 393 ^a	+ 20
Zunahme	Mill.DM	+ 14 ^a	+ 14 ^a	x
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹²	Mill.DM	32	35	+ 10
Landessteuern ¹³	Mill.DM	32	38	+ 18

1) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren
4) einschl. Lehrlingsstunden 5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 6) Wohngebäude und Nichtwohngebäude (Neubau und Wiederaufbau) 7) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltung; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltungseinnahmen 9) an die Nichtbankenkundschaft 10) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite
11) Einlagenbestand am Monatsende 12) einschl. Umsatzausgleichsteuer 13) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern a) Monats-Ø aus 4 Monaten (April bis Juli)

I N H A L T

10/60

Die Konjunktur in Schleswig-Holstein. 2. Umschlagseite	
Aktuelle Auslese	217
Aus dem Inhalt	218-219
Aufsätze	
Die Industrie Schleswig-Holsteins	220-223
Das Bauergebnis 1959	223-226
Die Bilanz der gewerblichen Wirtschaft in Schleswig-Holstein am 1. 1. 1957	226-231
Die Entwicklung der Einzelhandelspreise 1959	231-236
Das Aufkommen an Gemeindesteuern und die Schlüsselzuweisungen	236-239
Kurzberichte	
Produktionsergebnisse je Arbeitsstunde und je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe	239-240
Die Studierenden der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Kiel	240
Graphik des Monats	232-233
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel	73*-78*
Kreiszahlen	79*
Schleswig-Holstein im Bund	80*
Wirtschaftskurven B - Industrie -	3. Umschlagseite





STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

12. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1960

Aktuelle Auslese



FAST 2,3 MILL. EINWOHNER

Ende Juni 1960 lebten in Schleswig-Holstein 2 299 000 Einwohner, rund 9 000 mehr als am Jahresanfang.



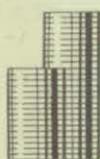
REKORDUMSATZ IM BAUHAUPTGEWERBE

Im Bauhauptgewerbe wurde im August 1960 mit über 103 Mill. DM der bisher höchste Monatsumsatz erreicht. Er war um 3% höher als im Juli 1960 und um 14% höher als im August vorigen Jahres.



ÜBER DIE HÄLFTE DER KRAFTFAHRZEUGE SIND PKW

Am 1. Juli 1960 gab es in Schleswig-Holstein 172 000 Personenkraftwagen. Das waren 19 000 mehr als am Anfang des Jahres. - Der Anteil der Personenkraftwagen am gesamten Kraftfahrzeugbestand machte 1960 56% aus. Er hat 1950 30% und 1955 34% betragen.



ZUWACHSRATE DER SPAREINLAGEN ABGESUNKEN

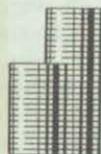
Die Spareinlagen in Schleswig-Holstein erhöhten sich vom 30. Juni 1959 bis zum 30. Juni 1960 um 230 Mill. DM (+ 20%) auf 1,4 Mrd. DM. Damit ist die Zuwachsrate gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres (+ 21%) leicht zurückgegangen. - Im Bundesgebiet sank die Zuwachsrate in der entsprechenden Zeit von 23% auf 20%.



HÖHERE LÖHNE IM HANDWERK

Im Mai 1960 verdienten die Vollgesellen im Mittel der nachstehenden Handwerkszweige 2,56 DM brutto in der Stunde, das sind 8% mehr als im Mai 1959. In der gleichen Zeit steigerten die Junggesellen ihren durchschnittlichen Bruttostundenlohn um 10% und die übrigen Arbeiter ihren um 8%. Im vorigen Jahr waren die Löhne der Junggesellen niedriger als die ihrer angelernten und ungelernten Arbeitskollegen. Im Mai 1960 hingegen erreichten beide Arbeitergruppen einen gleich hohen Stundenlohn (2,15 DM). - Ordnet man die erfaßten Handwerkszweige nach dem Stundenlohn der Vollgesellen, so ergibt sich die nachstehende Rangfolge:

Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	2,72 DM
Bau- und Möbeltischlerei	2,71 "
Fleischerei	2,68 "
Elektroinstallation	2,56 "
Schlosserei	2,53 "
Kfz.-Reparaturwerkstätten	2,49 "
Malerei und Anstreicherei	2,45 "
Bäckerei	2,44 "
Herrenschneiderei	2,01 "



MEHR BAUSPARVERTRÄGE

Im ersten Halbjahr 1960 wurden in Schleswig-Holstein 5 258 neue Bausparverträge abgeschlossen. Damit erhöhte sich die Zahl der Neuabschlüsse gegenüber dem ersten Halbjahr 1959 um 342. - Die Spargeldeingänge beliefen sich in den ersten sechs Monaten 1960 auf 32 Mill. DM, das waren 21% mehr als im ersten Halbjahr 1959. - Der Bestand an Bauspareinlagen machte am 30.6.1960 205 Mill. DM aus.

Aus dem Inhalt

Industrie 1959

Seite 220

Ende September 1959 gab es in Schleswig-Holstein 2 840 Industriebetriebe mit insgesamt 172 000 Beschäftigten. Fast die Hälfte der Beschäftigten entfiel auf nur sechs Industriezweige, und zwar auf Schiffbau, Maschinenbau, Elektrotechnik, Textilindustrie, Steine/Erden und Bekleidung. Dabei stand der Schiffbau mit rund 29 000 Beschäftigten an der Spitze. - Die Zahl der Beschäftigten in Betrieben mit 100 bis 199 Beschäftigten hat gegenüber September 1958 um 12% zugenommen und die in Betrieben über 1 000 Beschäftigten um 2%. In allen anderen Betriebsgrößenklassen war die Beschäftigtenzahl niedriger als 1958. - Im September 1959 waren 17% der Industriebetriebe Schleswig-Holsteins Flüchtlingsbetriebe. Sie hatten 21 400 Beschäftigte; das waren 12% aller in der Industrie des Landes Beschäftigten. Die Schwerpunkte der Flüchtlingsindustrie lagen - gemessen an der Zahl der Beschäftigten - bei der Textil- und Bekleidungsindustrie, bei der Elektroindustrie sowie bei der Maschinenbauindustrie und bei der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie. Zu diesen Industriezweigen gehörten mehr als die Hälfte der in der Flüchtlingsindustrie Beschäftigten.

Bauergebnis 1959

Seite 223

Im Jahre 1959 sind in Schleswig-Holstein rund 25 300 Wohnungen fertiggestellt worden. Es waren fast 7 000 Wohnungen, das sind annähernd 37%, mehr als 1958. Die Wohnungsbauleistung betrug damit 11 Wohnungen je 1 000 Einwohner. - Der Wohnungsbestand hat sich von 623 400 Ende 1958 auf 647 100 Wohnungseinheiten Ende 1959 erhöht. Auf 100 Einwohner kamen 1958 27 und 1959 28 Wohnungen. - Ende 1959 betrug der Bauüberhang rund 27 000 Wohnungen. Er war um 8% höher als Ende 1958. Von dem Bauvorrat Ende 1959 waren 45% der Wohnungen bereits unter Dach. - Durch den Bau von Einfamilienhäusern sind 1959 rund 10 400 Wohnungen neu geschaffen worden. Der Anteil der Wohnungen in Einfamilienhäusern am gesamten Bauergebnis machte 45% aus, der Anteil in Mehrfamilienhäusern 53%. - Fast zwei Drittel der 1959 neuerbauten Wohnungen gingen auf das Konto von privaten Bauherren. - Nach wie vor ist die vier-Raumwohnung (einschl. Küche) mit einem Anteil von 40% am Bauergebnis der meistgebaute Wohnungstyp. - Der Bauwirtschaft sind durch den Wohnungsbau in Schleswig-Holstein im Jahre 1959 rund 506 Mill. DM zugeflossen, das bedeutet gegenüber 1958 eine Steigerung der Bausumme um fast die Hälfte. Die Baukosten je Wohnung lagen 1959 im Schnitt bei 22 300 DM. - Der Anteil des Nichtwohnungsbaus an der gesamten Hochbauleistung ist von der Bausumme her gesehen von etwa ein Drittel für 1958 auf ein Viertel für 1959 zurückgegangen. - Von den Stadtkreisen hatte Kiel mit 14% den höchsten Anteil am Wohnungsbauergebnis des Jahres 1959. Unter den Landkreisen traten die Kreise Pinneberg (12%) und Stormarn (8%) besonders hervor.

Bilanzstruktur 1957

Seite 226

Anfang 1957 wurden in Schleswig-Holstein für 28 000 Gewerbebetriebe Einheitswerte festgestellt. Gegenüber Januar 1953 erhöhte sich die Zahl der Betriebe mit Einheitswert um 12%. Die Bilanzsumme wuchs in vier Jahren um 56%. Dabei war kein Unterschied in der Zunahme des Umlaufvermögens und des Anlagevermögens festzustellen. Das Umlaufvermögen war auch 1957 mit gut drei Fünfteln und das Anlagevermögen mit knapp zwei Fünfteln an der Bilanzsumme beteiligt. - Die kräftige Investitionstätigkeit zwischen 1953 und 1957 mag dazu beigetragen haben, daß sich die Kapitalstruktur in diesem Zeitraum etwas verschlechtert hat, weil bei vielen Unternehmen die Finanzmöglichkeiten aus eigenen Mitteln überschritten wurden. Anfang 1957 war das Fremdkapital mit 62% an der Bilanzsumme beteiligt. Gegenüber Januar 1953 hat sich der Anteil des Fremdkapitals um 5 Punkte erhöht und der Anteil des Eigenkapitals um 5 Punkte vermindert. - Zu den anlageintensiven Wirtschaftsbereichen, in denen das Anlagevermögen die Bilanz beherrscht, gehören die Unternehmen der Energiewirtschaft, die Ziegeleien, Kieswerke u.ä., sowie die im Dienstleistungsbereich tätigen Wohnungsunternehmen, Hotels und Gaststätten und das Friseurgewerbe, auch die Verkehrswirtschaft ist dazuzurechnen. In diesen Bereichen machte das Anlagevermögen zwei Drittel bis vier Fünftel der Bilanz aus. Umgekehrt haben der Großhandel, der Einzelhandel und auch die Werften ein verhältnismäßig geringes Anlagevermögen. - 1957 wurden 7 600 Handwerksbetriebe mit einer Bilanzsumme von 527 Mill. DM ermittelt. Somit war etwa jeder vierte Gewerbebetrieb mit Einheitswert in die Handwerksrolle eingetragen. An der gesamten Bilanzsumme der gewerblichen Betriebe waren sie mit etwa einem Neuntel beteiligt. - In der Bilanz der Aktiengesellschaften wurde das Anlagevermögen 1957 (31% der Aktiva) durch das Eigenkapital (37%) gut gehalten. Das ungünstigste Verhältnis des Eigenkapitals zum Anlagevermögen wiesen die eingetragenen Genossenschaften nach. - In den Bilanzen der Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften spielt das Anlagevermögen eine untergeordnete Rolle. In diesem Bereich machte das Anlagevermögen 1957 nur 3% der Bilanzsumme aus. Die Vermögensstruktur wurde durch das Umlaufvermögen, und zwar fast ausschließlich durch die im sonstigen Umlaufvermögen enthaltenen Debitoren bestimmt. Auf der Passivseite einer Bankbilanz hat das Fremdkapital den überragenden Anteil. 1957 waren 95% der Bilanzsumme fremde Mittel.

Einzelhandelspreise 1959

Seite 231

Verfolgt man den Verlauf des Preisindex für die Lebenshaltung sowie den Verlauf des Index der Einzelhandelspreise für das Jahr 1959, so sieht man, daß sich 1959 für die Verbraucher die Preiserhöhungen der Lebensmittel am stärksten bemerkbar gemacht haben. - Der Preisindex für die Lebenshaltung ist bis zum Mai 1959 auf der gleichen Höhe

wie am Jahresanfang geblieben. Die in den folgenden Monaten einsetzende Erhöhung ist vor allem durch den Verlauf des Index für die Bedarfsgruppe "Ernährung" beeinflusst. Aber auch in anderen Bedarfsgruppen wirkten sich in der zweiten Hälfte des Jahres Preissteigerungen aus. Nur die Indices für Getränke und Tabakwaren und für Hausrat blieben das ganze Jahr über konstant. Ende 1959 war der Gruppenindex für Ernährung um 5,8% gestiegen gegenüber Dezember 1958, während in den übrigen Gruppen die Steigerungen von 0,5% bis 2,5% schwankten.

Gemeindesteuern und Schlüsselzuweisungen Seite 236

Das Gemeindesteueraufkommen in Schleswig-Holstein erhöhte sich vom Rechnungsjahr 1950 bis zum Rechnungsjahr 1959 um 145% auf 292 Mill. DM. Die Zuwachsrate gegenüber 1958 stellte sich auf 15%, eine seit dem Rechnungsjahr 1951 nicht mehr erreichte Steigerung. - 86% des Mehraufkommens an Steuern im Rechnungsjahr 1959 gegenüber dem Rechnungsjahr 1950 kamen durch die Gewerbesteuern nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme auf. Das Gewerbesteueraufkommen erhöhte sich in diesem Zeitraum um 342%. Die Steuern aus land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken erhöhten sich dagegen nur um 9% und das Aufkommen an Grundsteuer B um 28%. - Im Rechnungsjahr 1950 betrug der Anteil der Gewerbesteuern am Gemeindesteueraufkommen 37%. Er stieg bis 1959 auf zwei Drittel des gesamten Steueraufkommens. - Die ungleichen Zuwachsraten der Steuerarten hatten eine unterschiedliche Aufkommensentwicklung in den einzelnen Gemeinden zur Folge: Das Steueraufkommen der industrieschwachen Gemeinden blieb weit hinter dem der industriestarken Gemeinden zurück. - Das Steueraufkommen je Einwohner lag im Bundesgebiet bereits 1950 erheblich höher als in Schleswig-Holstein. Damals erreichte Schleswig-Holstein den Bundesdurchschnitt zu 83%,

1958 jedoch nur zu 78%. Die geringere Steuerkraft der schleswig-holsteinischen Gemeinden ist durch das unterdurchschnittliche Aufkommen an Gewerbesteuern bedingt. - Der Beitrag der schleswig-holsteinischen Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbaues machte zwischen 1951 und 1959 60,7 Mill. DM aus. Die Gemeinden verzichteten somit im Durchschnitt auf 13,7% des Aufkommens an der Grundsteuer B. Der Steuerausfall war für die einzelnen Gemeindegrößenklassen unterschiedlich. - Der kommunale Finanzausgleich konnte die Steuerkraftunterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden abschwächen, aber nicht beseitigen. Im Zeitraum von 1950 bis 1959 haben sich die Schlüsselzuweisungen von 7 DM je Einwohner auf 23 DM erhöht. - Im Rechnungsjahr 1958 erhielten die Gemeinden der kleinsten Größenklasse (bis 1 000 Einwohner) den größten Finanzausgleichsbetrag je Einwohner. Nur noch 5% dieser Gemeinden erhielten keine Schlüsselzuweisungen. Einschließlich der Schlüsselzuweisungen lag das höchste Steueraufkommen je Einwohner (in den kreisfreien Städten) 106% über dem niedrigsten.

Produktivität im Baugewerbe Seite 239

In Schleswig-Holstein hat die Produktivität im Bauhauptgewerbe, ausgedrückt durch den Umsatz je Arbeitsstunde, im Jahresdurchschnitt 1959 gegenüber 1950 um 42%, ausgedrückt durch den Umsatz je Beschäftigten, um 35% zugenommen.

Studenten der Volkswirtschaft Seite 240

Im Sommersemester 1960 waren an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel 509 Studenten für das Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eingetragen. Damit war die Zahl der Studenten doppelt so hoch wie 1956.

Alle Angaben für das Bundesgebiet gelten, wenn nicht anders vermerkt, ohne Saarland und Berlin (West).

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Erläuterungen zu den Tabellen:

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Grössenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Die Industrie Schleswig-Holsteins

- Ergebnisse der Totalerhebung vom 30. 9. 1959 -

Bei der - wie alljährlich - auch im Jahre 1959 am 30. 9. durchgeführten Totalerhebung in der Industrie Schleswig-Holsteins rechneten sich 2 840 Betriebe mit insgesamt 171 925 Beschäftigten zur Industrie. Davon hatten 1 431 (= 50%) der Betriebe weniger als 10 Beschäftigte (insgesamt 5 537 Beschäftigte). Die Repräsentation durch den monatlich meldenden Firmenkreis beträgt - gemessen an der Zahl der Beschäftigten - 97%.

Gegenüber der Totalerhebung 1958 ergaben sich bei den Gesamtzahlen folgende Veränderungen:

Anzahl aller Betriebe	- 2 %
Anzahl aller Beschäftigten	+ 0,4 %
Anzahl der Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten	- 2 %
Anzahl der Beschäftigten in diesen Betrieben	- 2 %

Die meisten Betriebe gehörten - wie schon in den vorangegangenen Jahren - zum Industriezweig Molkerei und milchverarbeitende Industrie (496); es folgen die Industriezweige Steine/Erden (256), Druckereien (199), Textil (153), Maschinenbau (150) und Chemie (148).

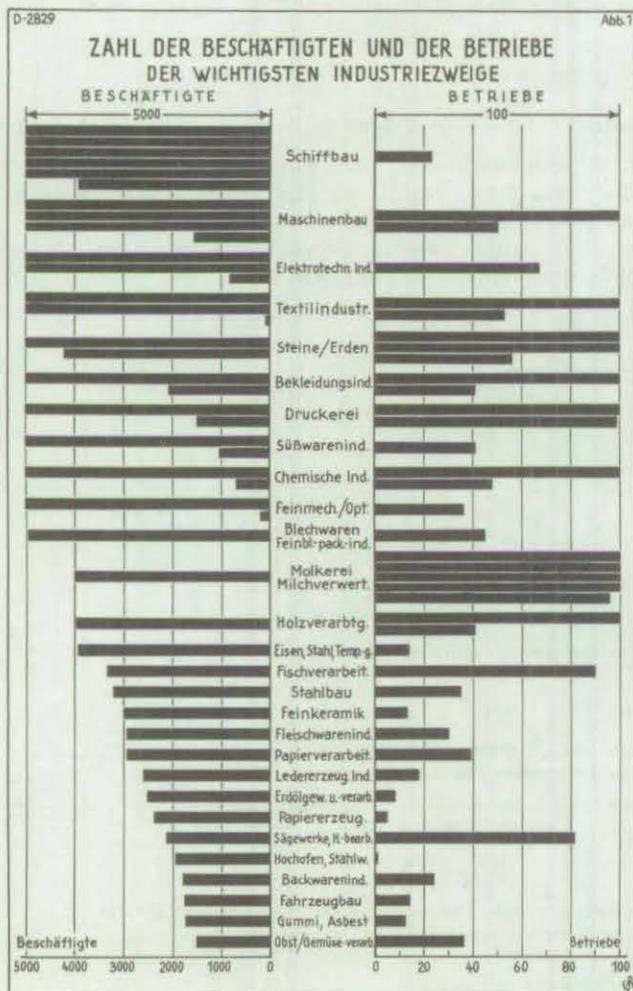
Fast die Hälfte aller Beschäftigten (48%) entfällt auf nur sechs Industriezweige, von denen nach wie vor der Schiffbau (28 912 Beschäftigte) die Spitze hält. In der gleichen Reihenfolge wie im Vorjahr blieben die anderen fünf Industriezweige: Maschinenbau (16 530), Elektrotechnik (10 811), Textilindustrie (10 083), Steine/Erden (9 224), Bekleidung (7 070). Von diesen hatten nur der Schiffbau und die Bekleidungsindustrie weniger Beschäftigte als im Vorjahr (- 6% bzw. 3%), die anderen Industriezweige um 1 bis 3% mehr.

Von dem insgesamt im September 1959 erzielten Umsatz von 556 Mill. DM entfielen auf die nur jährlich meldenden Betriebe rund 27 Mill. DM (= 5%). Die Repräsentation durch den monatlich meldenden Firmenkreis betrug somit - gemessen am Umsatz - 95%. Mit den größten Anteil¹ am Gesamtumsatz hatten der Schiffbau und die Molkereien und Milchverarbeitung mit je 8%. Erdölgewinnung und -verarbeitung sowie Steine und Erden sind mit je 6% beteiligt. Vom Umsatz der nur jährlich meldenden Betriebe entfällt über die Hälfte (53%) auf die Molkereien und Milchverarbeitung. Alle übrigen Industriezweige dieser Kategorie folgen erst in weitem Abstand, z. B. Futtermittelindustrie mit einem Anteil von 6%, Steine/Erden und Chemie mit je 5%, Spirituosenindustrie mit 4%.

Die Zahl der kleinen Betriebe (1 bis 9 Beschäftigte) hat auch in diesem Jahre am stärksten abgenommen, doch war die Abnahme - ebenso wie in der Größenklasse "10 bis 199 Beschäftigte" - nicht so groß wie im Vorjahr. Im ganzen gesehen haben die Betriebszahlen nur in der Größenklasse "100 bis 199" und "1 000 und mehr Beschäftigte" um 16 bzw. 2 Betriebe zugenommen, ein Zeichen dafür, daß die Tendenz zum größeren Betrieb (wenigstens in Schleswig-Holstein) schwächer geworden ist. Die Zahl der Betriebe nahm nur bei der Industrie Steine und Erden, der Kunststoffindustrie und der Elektrotechnik zu.

Die Zahl der Beschäftigten hat nur in der Größenklasse "100 bis 199" (+ 12%) und in der Größenklasse "1 000 und mehr Beschäftigte" (+ 2%) zugenommen. In allen anderen Größenklassen war die Beschäftigtenzahl niedriger als im Vorjahr.

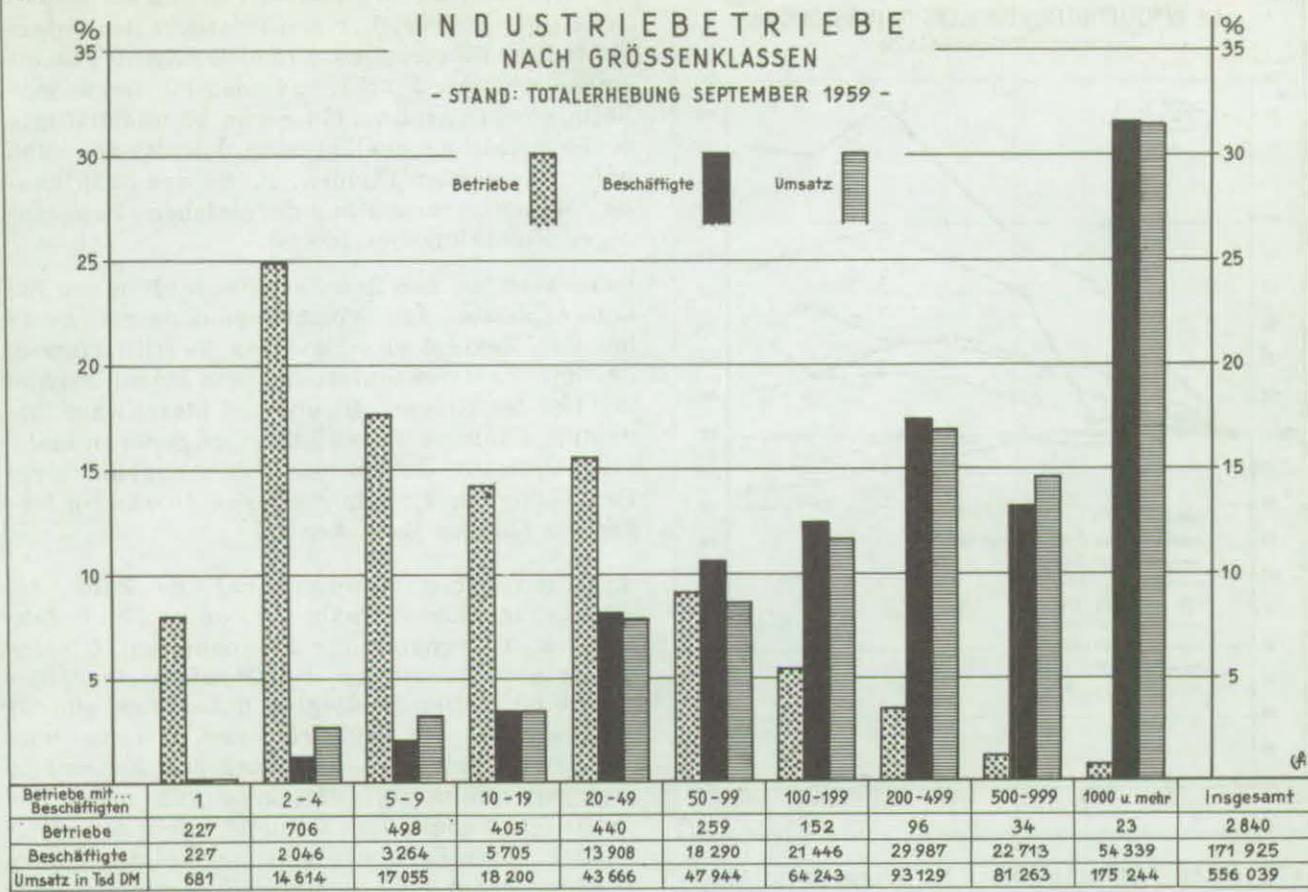
Eine Übersicht über die Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur zeigt Abbildung 3. Danach sind die Beschäftigtenzahlen in den größeren



1) Die Tabakverarbeitende Industrie, die aus Geheimhaltungsgründen unter "Sonstige Industrie" gezählt wird, hatte zwar einen größeren Umsatz als der Schiffbau bzw. die Molkereien, jedoch enthält dieser rund 67% Verbrauchsteuer

INDUSTRIEBETRIEBE NACH GRÖSSENKLASSEN

- STAND: TOTALERHEBUNG SEPTEMBER 1959 -



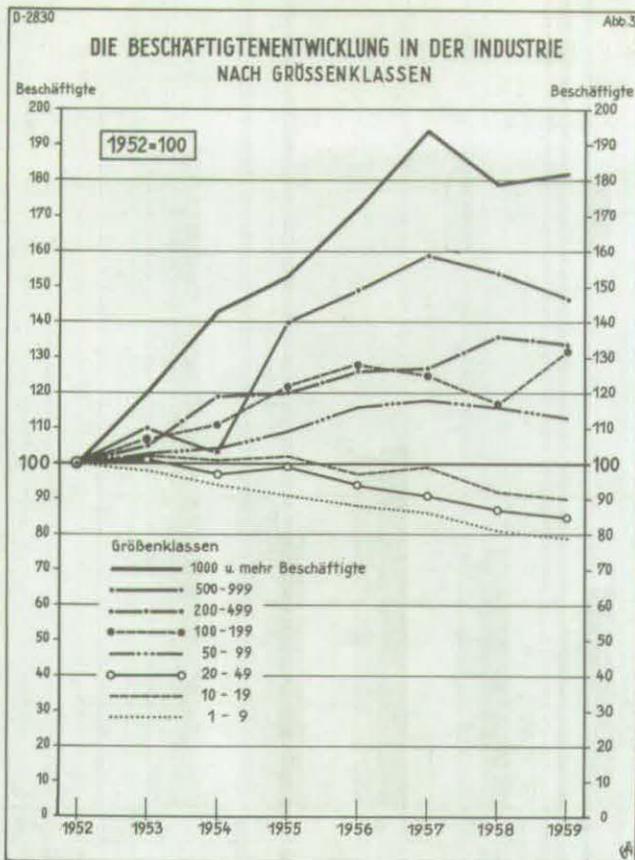
Betrieben (über 50 und mehr Beschäftigte), wenn auch unter Schwankungen und z. T. Rückgängen in den letzten Jahren, seit 1952 erheblich gestiegen (in der höchsten Größenklasse um über 80%). In den 3 niedrigsten Betriebsgrößenklassen (1 - 49 Beschäftigte) hingegen nahm die Beschäftigtenzahl seit 1952 ständig ab. Die Tendenz zum größeren Betrieb ist somit im Laufe der letzten 8 Jahre deutlich hervorgetreten. Sie drückte sich in der gleichen Weise im Anteil der Beschäftigten in den Betrieben der Größenklasse "200 und mehr" an den Gesamtbeschäftigten aus, der von 52% im Jahre 1952, auf 62% im Jahre 1959 stieg. Bestätigt wird die Entwicklung schließlich auch durch die Veränderung der durchschnittlichen Betriebsgröße, die im September 1952 40 Beschäftigte betrug und im September 1959 fast 61 erreichte.

Die regionale Veränderung der Betriebs- und der Beschäftigtenzahlen blieb in engen Grenzen. Während die Zahl der Betriebe in 8 von 21 Kreisen um 1 bis 3 (Ausnahme Pinneberg mit + 13) stieg und in den übrigen abnahm, war die Beschäftigtenzahl in 12 Kreisen größer als im Vorjahr, besonders in Eckernförde (+ 14%), Stormarn (+ 6%), Eutin (+ 6%), Segeberg (+ 4%) und Steinburg (+ 3%). Die größten Rückgänge gab es in Flensburg-Land (- 11%), Lauenburg (- 3%) und Lübeck (- 2%).

Bei der Totalerhebung 1959 wurden die Ergebnisse auch für Flüchtlingsbetriebe² und Nichtflüchtlingsbetriebe getrennt aufbereitet. Bei einem Vergleich dieser Zahlen mit denen für das Jahr 1951 (vorher gab es keine ausführlicheren Statistiken) läßt sich ein eindrucksvolles Bild der Entwicklung der Flüchtlingsbetriebe gewinnen.

1951 waren von insgesamt 3 313 Industriebetrieben mit 120 635 Beschäftigten 698 Flüchtlingsbetriebe mit 16 122 Beschäftigten, das sind 21% aller Betriebe mit 13% ihrer Beschäftigten. Heute (Stand nach Totalerhebung September 1959) sind von den insgesamt 2 840 Industriebetrieben mit 171 925 Beschäftigten 496 Flüchtlingsbetriebe mit 21 427 Beschäftigten (das sind

2) Unter der Bezeichnung "Flüchtlingsbetrieb" werden Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe verstanden, das sind solche Betriebe, deren Inhaber Vertriebener bzw. Zugewanderte ist (bei mehreren Inhabern mindestens die Hälfte der Inhaber), oder an deren Kapital zu mindestens 50 % Vertriebene bzw. Zugewanderte beteiligt sind. Vertriebener ist, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger seinen Wohnsitz in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. Dezember 1937) oder im Ausland hatte und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung (auch Flucht) verloren hat, sowie Kinder solcher Vertriebener (Bundesvertriebenenausweis A oder B bzw. Länderflüchtlingsausweis). Zugewanderte ist, wer - ohne Vertriebener zu sein - als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger nach dem 1. September 1939 aus dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone oder aus Berlin - seinen Wohnsitz in das Gebiet der Bundesrepublik verlegt hat, sowie Kinder solcher Zugewanderte.



17% aller Betriebe und 12% aller Beschäftigten). - Bis zum Jahre 1959 hat die Flüchtlingsindustrie rein nach der Zahl der Betriebe erheblich stärker (- 29%) abgenommen als die Nicht-Flüchtlingsindustrie (- 10), ein Zeichen für die scharfe Auslese, die stattgefunden hat. Für die wirtschaftliche Gesundheit der heute noch bestehenden Flüchtlingsbetriebe dürfte aber die Zunahme ihrer Beschäftigtenzahl um ein Drittel ebenso sprechen wie das Anwachsen der Be-

triebsgröße von durchschnittlich 23 auf 43 Beschäftigte je Betrieb. Wenn trotzdem der Unterschied der Betriebsgrößen bei der Nicht-Flüchtlings- und der Flüchtlingsindustrie heute verhältnismäßig groß ist (64 gegen 43 Beschäftigte je Betrieb), so erklärt sich das daraus, daß unter den großen Firmen, z. B. des Schiffbaues, Maschinenbaues und dergleichen, kein einziger Flüchtlingsbetrieb ist.

Gemessen an der Beschäftigtenzahl liegen die Schwerpunkte der Flüchtlingsindustrie heute bei der Bekleidungs- und der Textilindustrie, bei der elektrotechnischen, dem Maschinenbau und bei der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie; allein zu diesen 5 Zweigen gehören mehr als die Hälfte der in der Flüchtlingsindustrie Beschäftigten. Erst in größeren Abständen folgen die übrigen Branchen.

In allen Industriezweigen hat die Zahl der Flüchtlingsbetriebe während der letzten 8 Jahre - z. T. erheblich - abgenommen. Gleichzeitig sind allerdings die Beschäftigtenzahlen in vielen Fällen gestiegen; besonders günstig konnten sich die Industrien der Steine und Erden entwickeln, die heute nur 2 Betriebe weniger zählen als 1951, aber 39% mehr Beschäftigte haben. Das ist nicht allein eine Folge der guten Baukonjunktur der letzten Jahre, sondern hängt wohl auch damit zusammen, daß zu dieser Branche außer Ziegeleien auch noch Betonwerke und Kiesgruben gehören, die verhältnismäßig geringe Kapitalinvestitionen erfordern. - Bei der Bekleidungsindustrie haben die Schwierigkeiten, denen die Gesamtheit der Betriebe dieser Branche zeitweise ausgesetzt waren, natürlich auch vor den Flüchtlingsbetrieben nicht Halt gemacht; darauf deutet neben dem Rückgang der Betriebszahl die gleichzeitige Abnahme der Beschäftigtenzahl. - Ebenso ist in der Textilindustrie manche Firma auf der Strecke geblieben; die stark erhöhte Beschäftigtenzahl spiegelt wohl eine verstärkte Konzentration wider. - Bei der Elektroindustrie sind kleine Betriebe verschwunden. Die Vervielfachung der Beschäftigtenzahl in dieser Branche geht z. T. auf die sehr günstige Entwicklung einiger Spezialfirmen zurück. - Die Schrumpfung in der Glasindustrie ist auf die Abwanderung des größten Teiles der Gablonzer Kurzwarenindustrie nach Bayern zurückzuführen. - Schließlich wäre noch die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie und die Holzverarbeitung sowie die chemische Industrie zu erwähnen. Zu diesen Branchen gehörten - in der Hauptsache vor der Währungsreform, in geringerem Umfange aber bis zum Jahre 1952 - die scherzhafterweise als "Mumpitzindustrie" bezeichneten Betriebe, so genannt, weil hier auf primitive Weise - oft aus Materialresten - einfachste Haushaltsgeräte oder Spielwaren,

Flüchtlingsbetriebe in den wichtigsten Industriezweigen

	1951		1959		Veränd. 1959 gegen 1951 in %		Anteil d. Beschäftigten in Flüchtlingsbetrieben an allen Beschäftigten 1959 in %
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	
Alle Flüchtlingsbetriebe	698	16 122	496	21 427	- 29	+ 33	12
darunter							
Bekleidung	82	3 180	68	2 667	- 17	- 16	38
Textil	92	2 060	69	2 995	- 25	+ 45	30
Maschinenbau	29	1 883	27	1 643	- 7	- 13	10
Eisen-, Blech- u. Metallwaren	32	1 051	15	1 514	- 53	+ 44	24
Holzverarbeitung	61	838	32	778	- 48	- 7	20
Glasindustrie	26	670	12	454	- 54	- 32	53
Schuhindustrie	20	606	12	734	- 40	+ 21	57
Steine/Erden	42	618	40	859	- 5	+ 39	9
Elektroindustrie	16	498	12	2 140	- 25	+ 330	20
Chemie	49	430	25	277	- 49	- 36	5

ferner Kerzen, teilweise auch pharmazeutische und kosmetische Artikel und dergleichen hergestellt wurden. Alle diese Betriebe konnten mit den später wieder modern eingerichteten größeren Unternehmen nicht konkurrieren und sind heute verschwunden.

Der Anteil der Flüchtlingsbetriebe an allen Industriebetrieben (gemessen an der Zahl der Beschäftigten) beträgt 12%. Von den einzelnen Branchen hat die Schuhindustrie mit 57% den größten Anteil; dicht auf folgt mit 53% die Glasindustrie, doch haben auch die Bekleidungsindustrie (38%), Textilindustrie (30%) und Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (24%) wesent-

liche Anteile. Demgegenüber ist der Anteil bei den großen Gruppen, z. B. der Investitionsgüterindustrie (Schiffbau, Maschinenbau und dergleichen) nur gering.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Flüchtlingsbetriebe in der Industrie ein durchaus ernstzunehmender Teil der Wirtschaft des Landes sind (sie erbringen etwa 10% des Gesamtindustriumsatzes). Wenn sich auch die Nicht-Flüchtlingsbetriebe in manchen Branchen stärker ausgedehnt haben, so ist doch die Entwicklungstendenz bei beiden Kategorien etwa gleich.

Dipl.-Ing. Erich Hirschbrich

Das Bauergebnis 1959

Rekord im Wohnungsbau

Als Auswirkung des hohen Bauüberhangs um die Jahreswende 1958/59 ist allgemein auch ein hohes Bauergebnis für das Jahr 1959 erwartet worden. Mit insgesamt rund 25 300 neuerstellten Wohnungen - ohne 300 Notwohnungen - sind diese Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern noch stark übertroffen worden. Es waren fast 7 000 Wohnungen, das sind annähernd 37%, mehr als im Vorjahr. Das hinsichtlich der Wohnungsbauleistung abgelöste Rekordjahr 1956 wurde immerhin noch um 10% überschritten.

Die auf die Bevölkerungszahl bezogene relative Wohnungsbauleistung stieg entsprechend in den beiden Vergleichsjahren von 8,5 auf 11 Wohnungen je 1 000 Einwohner an (vergleiche Tabelle 1). Die Bevölkerung hat in diesem Zeitraum leicht, nämlich um 0,6% zugenommen. Die laufende Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen ist daher ausschließlich den Leistungen im Wohnungsbau zuzuschreiben.

Tab. 1 Fertiggestellte Wohnungen¹ 1958 und 1959

Jahr	Anzahl	Je 1 000 Einwohner
1958	18 392	8,5
1959	25 278	11,0

1) ohne Notwohnungen

Der Wohnungsbestand hat sich von 623 400 Ende 1958 auf 647 100 Wohnungseinheiten Ende 1959 erhöht. Auf 100 Einwohner kommen jetzt 28 Wohnungen gegenüber 27 Wohnungen am Ende des Vorjahres. Erwähnenswert ist außerdem, daß das Wohnungsdefizit - nach der Definition des Bundeswohnungsbauministeriums im Rahmen des Gesetzes über den Abbau der

Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht - im Durchschnitt des Landes von 14,5% auf 11,6% zurückgegangen ist, jedoch von dem Schwellenwert 3% für die allgemeine Aufhebung der Wohnungsbewirtschaftung noch weit entfernt ist.

Auch der Bauüberhang größer als im Vorjahr

Eine Bewertung der Wohnungsbauleistung eines Jahres wäre unvollständig, würde man den Bauüberhang, das sind die am Jahresende genehmigten aber noch nicht fertiggestellten Wohnungsbauten, außer acht lassen.

Tab. 2 Der Bauüberhang 1958 und 1959

Jahr (31.12.)	Wohnungen insgesamt	davon		
		unter Dach	noch nicht unter Dach	noch nicht begonnen
		in %		
1958	24 970	41	26	32
1959	26 916	45	22	33

Ende 1959 betrug der Bauvorrat rund 27 000 Wohnungen gegenüber annähernd 25 000 Wohnungen am 31. 12. 1958, also um etwa 8% mehr. Die Aufgliederung des Bauüberhangs nach dem Fertigstellungsstadium läßt erkennen, daß relativ mehr der begonnenen Wohnungsbauten bereits am Jahreswechsel unter Dach waren. Der Anteil der überhaupt noch nicht begonnenen Bauten entsprach mit rund einem Drittel etwa dem des Vorjahres. Man kann daraus schließen, daß die schleswig-holsteinische Bauwirtschaft hinsichtlich ihrer Kapazität für den Wohnungsbau mit 25 000 neu gebauten Wohnungen zwar ausgelastet, aber noch nicht überfordert war. Wie später gezeigt werden wird, ist dadurch

nicht einmal der für den Nichtwohnungsbau eingesetzte Teil der Bauwirtschaft beschnitten worden.

Über 10 000 Wohnungen in Einfamilienhäusern

Die im Jahre 1958 erkennbare Auswirkung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes vom 27.6.1956, das insbesondere den Gedanken des Familienheimes fördert, bestätigt sich auch 1959.

Tab. 3 Fertigestellte Wohnungen¹
nach Art der Gebäude 1958 und 1959

Jahr	Wohnungen insgesamt	davon in					
		Mehrfamilienhäusern		Einfamilienhäusern ²		Bauernhäusern	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
1958	16 076	7 380	46	8 426	52	270	2
1959	22 750	12 040	53	10 379	45	331	1

1) ohne Notwohnungen und Wohnungen in Gebäudeteilen 2) mit Kleinsiedlerstellen und Familienheime mit 2. Wohnung

Durch den Bau von Einfamilienhäusern sind rund 10 400 Wohnungen neu geschaffen worden, das sind etwa 2 000 Wohnungen mehr als im Vorjahr. Allerdings ist, bedingt durch die verschiedenen Sozialprobleme des Landes, die zwangsläufig zur verstärkten Förderung von Geschoßwohnungen führen, der Anteil der Wohnungen in Einfamilienhäusern am gesamten Bauergebnis auf 45% zurückgegangen, und zwar ausschließlich zugunsten der Miet- und Eigentumswohnungen in Mehrfamilienhäusern, deren Anteil auf 53% gestiegen ist.

Überwiegend private Bauherren

Fragt man nach den Bauherren der neuerbauten Wohnungen, so fällt der seit 1955 einsetzende und seit 1957 stetige Rückgang des Gewichtes der Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen am Bauerfolg auf. Absolut betrachtet hat aber auch diese Bauherrengruppe mit rund 8 000 fertiggestellten Wohnungen, gegenüber reichlich 6 000 Wohnungen 1958, zu der Steigerung des Bauergebnisses beigetragen.

Tab. 4 Fertigestellte Normalwohnungen¹
nach Art der Bauherren 1956 - 1959

Jahr	Wohnungen insgesamt	darunter erbaut von		
		Privaten		Gemeinnützigen Wohnungs- u. ländlichen Siedlungsunternehmen
		zusammen	darunter private Haushaltungen	
in %				
1956	22 442	53	45	45
1957	21 473	56	48	41
1958	18 110	63	53	35
1959	25 004	64	54	32

1) in Wohnungsbauten und Gebäudeteilen

In den Jahren 1953 und 1954 sind noch knapp über die Hälfte der Wohnungen von Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen gebaut worden, 1959 dagegen nicht ganz ein Drittel. Da die Behörden und Wirtschaftsunternehmen als Bauherren von Wohnungen nicht ins Gewicht fallen, weil sie im Rahmen des Wohnungsbaues mehr als Geldgeber auftreten, geht, wie im Vorjahr, die Hauptmasse, nämlich fast zwei Drittel der neuerbauten Wohnungen, auf das Konto der privaten Bauherren. In dieser Bauherrengruppe sind sowohl private Haushaltungen als auch die freien Wohnungsunternehmen enthalten. Erwähnenswert ist, daß innerhalb der Gruppe der privaten Bauherren das Gewicht sich stetig mehr in Richtung der privaten Haushalte verschiebt, die ab 1958 etwas über die Hälfte des Bauerfolges auf sich vereinen.

Am häufigsten 4-Raumwohnungen

Die seit 1953 festzustellende Tendenz zum Bau von Großwohnungen - Wohnungen mit 5 und mehr Räumen - hat sich 1959 nicht weiter verstärkt, sondern sogar etwas abgeschwächt.

Tab. 5 Fertigestellte Normalwohnungen¹
nach der Raumzahl der Wohnungen 1958 und 1959

Jahr	Von 100 Wohnungen hatten ...			
	1 und 2	3	4	5 und mehr
Räume ²				
1958	8	22	40	30
1959	9	23	40	28

1) nur in Wohnungsbauten ohne Gebäudeteile 2) einschl. Küchen

Nach wie vor ist die 4-Raumwohnung mit einem Anteil von 40% am Bauergebnis der meist gebaute Wohnungstyp. Die Kleinstwohnungen, also Wohnungen bis zu 2 Räumen und die 3-Raumwohnungen sind mit 9% bzw. 23% etwa gleich stark wie 1958 am Bauergebnis vertreten.

In diesem Zusammenhang taucht die Frage auf, ob die neuerbauten Wohnungen hinsichtlich ihrer Größe der Dringlichkeit des Bedarfs entsprechen. Die Ergebnisse der 1%igen Wohnungsstichprobe im Frühjahr 1960¹ geben darauf die Antwort.

Von 100 Haushalten, die dem Interviewer einen Wohnungswunsch genannt haben und sich über die Größe der angestrebten Wohnung bereits im klaren waren, wünschen sich

7 Haushalte eine Wohnung bis zu 2 Räumen
30 " " " " mit 3 "
45 " " " " " 4 "
17 " " " " " 5 und mehr Räumen.

1) vergleiche "Der Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 196 (September)

Man kann also sagen, daß von der Dringlichkeit her betrachtet 1959 zuviel Großwohnungen gebaut worden sind und die 3- und 4-Raumwohnungen relativ mehr gefragt werden als ihrem Anteil am Bauergebnis entspricht. Der Anteil der Kleinwohnungen dürfte etwa der Dringlichkeit des Bedarfs entsprechen. Bei dieser Gegenüberstellung muß bedacht werden, daß die bekannten Zielsetzungen der staatlichen Wohnungsbaupolitik, nämlich das Familienheim und die familiengerechte Wohnung, das Bauergebnis hinsichtlich der Wohnungsgrößen stark beeinflussen.

Eine halbe Milliarde für den Wohnungsbau

Der Bauwirtschaft sind durch den Wohnungsbau in Schleswig-Holstein im Jahre 1959 rund 506 Mill. DM zugeflossen, das bedeutet gegenüber 1958 eine Steigerung der Bausumme um fast die Hälfte. Es handelt sich dabei um die Summe der geplanten Baukosten, der tatsächliche Betrag dürfte noch darüber liegen. Im wesentlichen ist die Zunahme der Bausumme auf das hohe Bauergebnis zurückzuführen, aber auch die Preis- und Kostensteigerungen im Wohnungsbau, die mit etwa 5 - 6% anzusetzen sind, spielen dabei eine Rolle.

Tab. 6 Baukosten, Wohnfläche und umbauter Raum (Neubau und Wiederaufbau¹) 1958 und 1959

Jahr	Baukosten ²			Wohnfläche		Umbauter Raum	
	1 000 DM	DM je Wohnung	DM je cbm umb. Raumes	1 000 qm	qm je Wohnung	1 000 cbm	cbm je Wohnung
1958	341 871	21 000	58	1 023	64	5 930	376
1959	505 867	22 300	61	1 460	64	8 259	364

1) ohne Notbau 2) ohne Grundstückskosten

Der durchschnittliche umbaute Raum je Wohnung und die Wohnfläche je Wohnung haben sich, verglichen mit dem Vorjahr, nur unwesentlich verändert oder sind sogar konstant geblieben. Der geringfügige Rückgang des umbauten Raumes ist in der Hauptsache auf den geringeren Anteil der Einfamilienhäuser zurückzuführen. Die im Schnitt von 21 000 DM auf 22 300 DM angestiegenen Baukosten je Wohnung, was einer Zunahme des cbm-Preises von 58 DM auf 61 DM entspricht, sind im wesentlichen durch die bereits angeführten Preissteigerungen im Bau- und Baunebengewerbe verursacht. Aus alledem läßt sich schließen, daß die Ausstattung der neuerbauten Wohnungen bereits 1958 einen Stand erreicht hat, der unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte kaum noch verbessert werden konnte.

Geringeres Gewicht des Nichtwohnungsbaues

Der Nichtwohnungsbau, der für eine Beurteilung der gesamten Situation im Hochbau (ohne Industriebau) mit dem Wohnungsbau gemeinsam betrachtet werden muß, hat mit einer Bausumme von etwa 180 Mill. DM das gleiche Ausmaß erreicht wie 1958. Sein Anteil an der gesamten Hochbauleistung ist von der Bausumme her gesehen wegen der ungewöhnlichen Konjunktur im Wohnungsbau von etwa ein Drittel auf ein Viertel zurückgegangen.

Eine Gegenüberstellung der Zweckbestimmung des Nichtwohnungsbaues zeigt, daß rund zwei Drittel der Bausumme dem weiteren gewerblichen Aufbau Schleswig-Holsteins gedient haben. Im einzelnen ergibt sich folgende prozentuale Verteilung der Baumittel auf die verschiedenen Zweckbestimmungen:

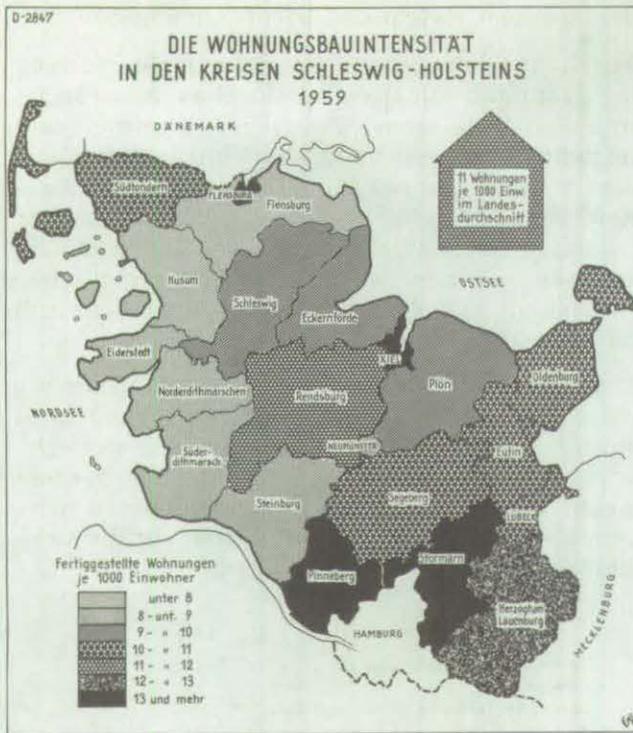
	1958	1959
Gewerbliche Betriebsgebäude	55	67
Bürogebäude	13	7
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	8	10
Anstaltsgebäude	23	16

Die Gegenüberstellung zeigt, daß in der Zusammensetzung des Nichtwohnungsbaues gegenüber dem Vorjahre Verschiebungen eingetreten sind. Die 1958 zugunsten des Baues von Anstaltsgebäuden - insbesondere Anlagen für die Verteidigung, Krankenhäuser usw. - geringere Beteiligung der gewerblichen Wirtschaft am Nichtwohnungsbau ist 1959 wieder beglichen. Der Bau von Bürogebäuden hat 1959 nur noch ein halb so großes Gewicht wie 1958. Für landwirtschaftliche Betriebsgebäude sind in Fortführung des Grünen Planes 1959 wieder mehr Mittel verwandt worden als im Vorjahr.

Kreis Stormarn hat höchste Bauintensität

Die regionale Streuung der Wohnungsbautätigkeit hat sich nicht grundsätzlich geändert. Etwa ein Drittel der Neuzugänge an Wohnungen liegen in den 4 kreisfreien Städten: Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster, die übrigen zwei Drittel verteilen sich auf die 17 Landkreise. Unter den Stadtkreisen hat Kiel mit 14% den höchsten Anteil am Wohnungsbauergebnis, gefolgt von Lübeck mit 9%. Flensburg mit 5% und Neumünster mit 3% liegen entsprechend ihrer geringeren Einwohnerzahl wesentlich darunter.

Unter den Landkreisen traten die Kreise Pinneberg (12%) und Stormarn (8%) besonders hervor. Von den übrigen Landkreisen sind nur noch die Kreise Rendsburg und Lauenburg mit einem Anteil von rund 7% besonders zu erwähnen. Die Anteile aller anderen Kreise zum Wohnungsbauergebnis liegen unter 5%. Der kleinste Landkreis, nämlich Eiderstedt, hat mit 0,4% auch die weitaus geringste Bauleistung aufzuweisen.



Eine etwas andere regionale Verteilung der Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1959 ergibt sich,

wenn man die fertiggestellten Wohnungen auf die Bevölkerung bezieht, also die Wohnungsbauintensität zugrunde legt.

Auf 1 000 Einwohner berechnet war mit rund 12 Wohnungen die Bautätigkeit der Stadtkreise etwas höher als die der Landkreise mit 11 Wohnungen. Die höchste Bauintensität hatten die Kreise Stormarn mit 15 und Pinneberg mit 14 Wohnungen je 1 000 Einwohner. Die Stadtkreise Flensburg (14 Wohnungen) und Kiel (13 Wohnungen) zählen noch zu den Kreisen hoher Bauintensität. In den im allgemeinen stark landwirtschaftlich orientierten Kreisen Eiderstedt, Norder- und Süderdithmarschen, Flensburg-Land, Husum und Steinburg sind bis zu 8 Wohnungen je 1 000 Einwohner neu gebaut worden, am wenigsten in Eiderstedt, nämlich nur 6 Wohnungen. Für die übrigen Kreise errechnen sich mittlere Intensitätsziffern, die dem Landesdurchschnitt zum Teil sehr nahekommen.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Vergleiche auch: "Die Hochbautätigkeit im Wohn- und Nichtwohnbau 1959" in *Wirtschaft und Statistik* 1960, S. 291 (Mai)

Die Bilanz der gewerblichen Wirtschaft in Schleswig-Holstein am 1. 1. 1957

- nach der Einheitswertstatistik 1957 -

Bei der Einheitswertfeststellung werden sämtliche wichtigen Bilanzpositionen ermittelt, so daß sich daraus Bilanzen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft aufstellen lassen. Neben den absoluten Werten für Bilanzsumme und einzelne Bilanzpositionen sind es die Bilanzrelationen (z. B. Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme, des Eigenkapitals zum Anlagevermögen u. ä.), die Aufschlüsse über die Vermögens- und Kapitalstruktur liefern und daher von besonderem Interesse sein dürften, zumal bisher nur die Bilanzdaten der Aktiengesellschaften im Bundesgebiet¹ - ohne regionale Untergliederung - dargestellt werden konnten.

Unter dem Begriff Aktiva sind sämtliche Vermögensteile, die einem Unternehmen zur Verfügung stehen, ausgewiesen. Sie werden je nach der Nutzungsdauer im Produktionsprozeß zum Anlage- oder Umlaufvermögen gerechnet.

Den Vermögensteilen stehen die Verbindlichkeiten des Unternehmens - die Passiva - ge-

genüber. Handelt es sich um Schulden an fremde Gläubiger, so werden sie als Fremdkapital bezeichnet. Die Differenz zwischen Aktiva und Fremdkapital ergibt als Restgröße das Eigenkapital, das bilanztechnisch als Schuld des Unternehmens an den oder die Unternehmer dargestellt wird.

In den weiteren Ausführungen werden die Bilanzen der Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften gesondert behandelt, da die Bilanzstruktur dieser Unternehmen spezifische Eigenarten aufweist, die eine Zusammenfassung mit Bilanzen der produzierenden oder verteilenden Wirtschaft verbietet.

Gewerbliche Gesamtbilanz

Für 28 000 Betriebe² wurden auf den 1. 1. 1957 Einheitswerte ermittelt. Gegenüber dem letzten Feststellungszeitpunkt (1. 1. 1953) erhöhte sich die Zahl der Betriebe mit Einheitswert um 3 000 (12%). Damit haben zwar immer noch weniger

1) "Die Abschlüsse der Aktiengesellschaften für das Geschäftsjahr 1952 und 1953" in *Statistik der Bundesrepublik Deutschland*, Band 131. Ferner für die Geschäftsjahre 1954, 1955, 1956 und 1957 in Band 150, 180, 204 und 231 der o.a. Veröffentlichungsreihe

2) außerdem 3 791 Gewerbebetriebe mit 407 Mill. DM Rohvermögen (Aktiva), die überschuldet waren und demzufolge einen negativen Einheitswert hatten

Tab. 1 Vermögen und Schulden der gewerblichen Betriebe¹⁾

Bilanzposten	1.1.1953		1.1.1957		Veränd. geg. 1953
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Umlaufvermögen	1 883	61	2 941	61	+ 56
davon					
Vorratsvermögen	761	25	1 270	27	+ 67
Sonstiges Umlaufvermögen	1 123	37	1 672	35	+ 49
Anlagevermögen	1 183	39	1 847	39	+ 56
davon					
Inländ. Betriebsgrundstücke	340	11	388	8	+ 14
Maschinen und maschinelle Anlagen	345	11	571	12	+ 65
Sonstige Sachanlagen	446	15	778	16	+ 74
Gewerbeberechtigungen	8	0	6	0	- 21
Sonstige Finanzanlagen	44	1	105	2	+ 136
Aktiva	3 067	100	4 788	100	+ 56
Fremdkapital	1 740	57	2 957	62	+ 70
davon					
Kreditgewinnabgabe	19	1	70	1	+ 264
Sonstige Dauerschulden	394	13	764	16	+ 94
Übrige Schulden	1 327	43	2 122	44	+ 60
Eigenkapital	1 326	43	1 831	38	+ 38
davon					
Schachtelbeteiligungen	12	0	36	1	+ 194
Einheitswert	1 314	43	1 795	37	+ 37
Passiva	3 067	100	4 788	100	+ 56
Zahl der Betriebe	24 890		27 888		+ 12

1) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

als die Hälfte aller gewerblichen Betriebe³⁾ keine Einheitswerte. Bei den fehlenden Betrieben dürfte es sich jedoch in der Mehrzahl um kleine und kleinste Gewerbebetriebe handeln, die weder gewerbsteuer- noch vermögensteuerpflichtig waren. Ihr Anteil an der gesamten Bilanzsumme wird daher erheblich geringer sein als der Anteil an der Zahl der Betriebe, so daß die hier dargestellten Betriebe mit Einheitswert in ihrer wirtschaftlichen Potenz den entscheidenden Teil der gewerblichen Wirtschaft Schleswig-Holsteins ausmachen. Die Bilanzsumme wuchs in vier Jahren um 1,7 Mrd. DM (56%) auf 4,8 Mrd. DM. Dabei war kein Unterschied in der Zunahme des Umlaufvermögens und des Anlagevermögens festzustellen, so daß die beiden wichtigsten Aktivposten in ihren Relationen zur Bilanzsumme unverändert blieben. Nach wie vor ist das Umlaufvermögen mit gut drei Fünfteln, das Anlagevermögen mit knapp zwei Fünfteln an der Bilanzsumme beteiligt. Die von 1953 bis 1957 durchgeführten Investitionen schlugen sich bilanzmäßig in einer über dem durchschnittlichen Zuwachs der Bilanzsumme liegenden Erhöhung der Maschinen und sonstigen Sachanlagen und des Vorratsvermögens nieder, während das sonstige Umlaufvermögen hinter der allgemeinen Bilanzausweitung zurückbleibt. Das mag einmal als ein Hinweis auf die verbesserte Zahlungsfähigkeit in der Wirt-

schaft zu deuten sein, da im sonstigen Umlaufvermögen die Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen enthalten sind; es kann aber auch auf die geringere Kassenhaltung zurückzuführen sein, denn Bargeld, Sichtguthaben und ähnliche liquide Mittel werden ebenfalls im sonstigen Umlaufvermögen ausgewiesen. Die bereits erwähnte kräftige Zunahme von Teilen des Anlagevermögens könnte zu einer verstärkten Beanspruchung der flüssigen Mittel der Unternehmen geführt haben, da die Anschaffung von Produktionsmitteln, soweit dafür nicht ausschließlich Fremdmittel in Anspruch genommen wurden, anfangs aus eigenen verfügbaren Mitteln bestritten werden. Erst zu einer späteren Zeit könnten aus den Erträgen dieser Investitionen die liquiden Mittel wieder angereichert werden. Aus den Unterlagen ist es leider nicht möglich, diese beiden Faktoren zu quantifizieren. Unter den Aktivposten nehmen die Betriebsgrundstücke eine besondere Stellung ein, da diese nicht wie alle übrigen Wirtschaftsgüter mit dem Zeitwert anzusetzen, sondern mit den Einheitswerten nach dem Stand vom 1. 1. 1935 zu bewerten sind. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Betriebsgrundstücke sich nur verhältnismäßig geringfügig in ihrem Wert erhöhten. Ihr Anteil an den Aktiva war demzufolge leicht rückläufig. Die zunehmende finanzielle Verflechtung der Unternehmen wird durch die starke Steigerung der sonstigen Finanzanlagen deutlich. Gemessen an der Bilanzsumme sind jedoch die Finanzanlagen, wie auch die Gewerbeberechtigungen, unerheblich (2%).

Das Betriebsvermögen wird durch eigene oder fremde Mittel finanziert. Es ist heute selten, wenn das Vermögen eines Unternehmens ausschließlich aus eigenen Mitteln (Eigenkapital) des Unternehmers aufgebracht wird. Nur 1 700 Betriebe von 28 000 waren schuldenfrei. In der Regel ist fremdes Kapital in mehr oder weniger großem Umfang erforderlich, um den kostspieligen Produktionsapparat zu erstellen. Das Fremdkapital spielt daher in allen Bilanzen eine große Rolle. In der gewerblichen Gesamtbilanz vom 1. 1. 1957 war das Fremdkapital mit 62% an der Bilanzsumme beteiligt. Gegenüber dem letzten Bilanzstichtag (1. 1. 1953) hat sich der Anteil des Fremdkapitals um 5 Punkte erhöht. Dem entspricht zwangsläufig eine Verminderung des Eigenkapitalanteils um ebenfalls 5 Punkte. Diese "Verschlechterung" der Kapitalstruktur dürfte mit der schon erwähnten beachtlichen Investitionstätigkeit in dem abgelaufenen Zeitraum zusammenhängen. Die Neuanfassungen von Maschinen und ähnlichen dauerhaften Sachgütern, die sich nur langsam im Produktionsprozeß umschlagen, werden bei vielen Unternehmen die Finanzmöglichkeiten aus eigenen Mitteln überschritten haben. Das dürfte besonders bei den Investitionen der Fall sein, die

3) nach der Umsatzsteuerstatistik 1957 waren 86 300 nichtlandwirtschaftliche Steuerpflichtige vorhanden, darunter 22 600 mit weniger als 8 000 DM Jahresumsatz

kurz vor dem Bilanzstichtag vorgenommen wurden. Unter den günstigen wirtschaftlichen Bedingungen der nachfolgenden Jahre kann angenommen werden, daß sich bis zum nächsten Feststellungszeitpunkt (1. 1. 1960) die Finanzstruktur wieder verbessert haben wird. Den langfristigen Anlagen entsprechen auf der Finanzierungsseite ungefähr die langfristig zur Verfügung stehenden Mittel (Dauerschulden), die sich von 1953 bis 1957 fast verdoppelt haben und damit ihren Anteil von 13% auf 16% der Bilanzsumme erhöhten. Die übrigen Schulden, das sind überwiegend kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten, ohne daß im einzelnen gesagt werden kann, wie hoch der Anteil nach der Fristigkeit ist, nahmen nur leicht über der durchschnittlichen Bilanzausweitung (+60%) zu. Unter den als Fremdkapital nachgewiesenen Verbindlichkeiten ist noch die Kreditgewinnabgabe zu erwähnen, die sich in ihrem absoluten Betrag zwar verdreifachte, in ihrem Anteil an der Bilanzsumme (1%) jedoch kein großes Gewicht hat. Die Schachtelbeteiligungen nahmen auf etwa das Dreifache zu; sie sind aber in der Gesamtbilanz von untergeordneter Bedeutung. In 32 Fällen wurden zusammen 36 Mill. DM Schachtelbeteiligungen nachgewiesen. Mehr als neun Zehntel (97%) dieses Betrages entfielen auf Großunternehmen (Einheitswert 1 Mill. DM und darüber).

Trotz etwas verschlechterter Eigenkapital-situation wurde immer noch das gesamte Anlagevermögen aus eigenen Mitteln finanziert. Dem Finanzierungsgrundsatz, daß langfristig

gebundene Aktiva durch langfristiges Kapital (am besten Eigenkapital) finanziert werden sollen, wurde also im Durchschnitt entsprochen. Rechnet man die Dauerschulden bedingt als Eigenkapital, dann konnte auch noch ein Teil des Vorratsvermögens aus eigenen oder langfristig zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden. Die kurz- und mittelfristigen Schulden (44% der Bilanzsumme) deckten das sonstige Umlaufvermögen (Bargeld, Sichtguthaben u. ä.) und noch einen Teil des Vorratsvermögens.

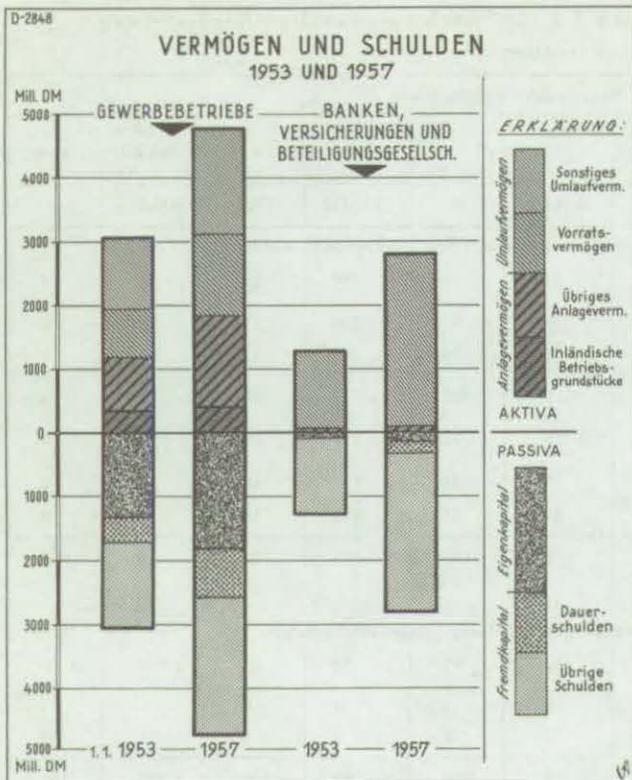
Die Bilanzstruktur ausgewählter Wirtschaftsbereiche

Die Bilanzstruktur einzelner Wirtschaftssektoren weicht je nach der ökonomischen Eigenart des betreffenden Bereiches mehr oder weniger stark vom Gesamtdurchschnitt ab. Ordnet man die Wirtschaftsbereiche nach dem Anteil des Anlagevermögens in der Bilanz, dann lassen sich einerseits Bereiche herausstellen, in denen das Anlagevermögen die Bilanz beherrscht, während andererseits Wirtschaftszweige vorhanden sind, in denen das Anlagevermögen einen verhältnismäßig geringen Anteil an der Bilanz hat; als Extremfall sind hier Unternehmen denkbar, die so gut wie gar kein Anlagevermögen benötigen. Zu der ersten Gruppe, die man als anlageintensive Wirtschaftszweige bezeichnet, gehören die Unternehmen der Energiewirtschaft, die Ziegeleien, Kieswerke u. ä., sowie die im Dienstleistungsbereich tätigen Wohnungsunternehmen, Hotels

Tab. 2 Vermögen und Schulden der gewerblichen Betriebe¹ nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen am 1.1.1953 und am 1.1.1957

Bilanzposten	Ausgewählte Wirtschaftsbereiche																	
	Energie-wirtschaft, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Bergbau		Eisen- und Metall-erzeugung und -verarbeitung		darunter Schiffbau		Verar-beitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallver-arbeitung)		Bau-wirtschaft		Großhandel (ohne Verlags-wesen)		Einzel-handel		Dienst-leistungen ²		Verkehrs-wirtschaft	
	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957	1953	1957
	Vermögen bzw. Schulden in % der Bilanzsumme																	
Umlaufvermögen	21	20	77	78	87	85	64	66	69	74	82	81	71	71	31	40	37	18
darunter Vorratsvermögen	5	5	36	39	33	40	29	32	19	17	28	30	41	44	4	4	1	1
Anlagevermögen	79	80	23	22	13	15	36	34	31	26	18	19	29	29	69	60	63	82
darunter Inländische Betriebsgrundstücke	6	5	8	5	4	3	13	10	12	5	8	7	15	12	42	27	4	4
Maschinen u. masch. Anlagen	38	35	10	8	5	4	13	15	8	10	2	2	1	1	4	4	12	21
Fremdkapital	41	48	66	72	85	85	54	60	63	71	66	71	51	53	47	46	58	58
darunter Dauerschulden	19	20	5	9	1	5	11	19	11	8	9	11	10	14	19	16	40	41
Eigenkapital	59	52	34	28	15	15	46	40	37	29	34	29	49	47	53	54	42	42
Bilanzsumme in Mill. DM	353	552	652	1 157	258	591	675	928	132	279	441	666	361	518	145	229	225	352
Zahl der Betriebe	310	333	1 865	2 006	46	48	4 636	4 614	2 009	2 565	2 360	2 384	7 596	8 878	2 681	3 159	1 227	1 531

1) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften 2) ohne Dienstleistungen im öffentlichen Interesse



Tab. 3 Vermögen und Schulden der in die Handwerksrolle eingetragenen gewerblichen Betriebe am 1.1.1957

Bilanzposten	Alle in die Handwerksrolle eingetragenen gewerblichen Betriebe		darunter Betriebe des herstellenden und verarbeitenden Gewerbes		dagegen alle Gewerbebetriebe ¹
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Umlaufvermögen	371	70	214	68	61
davon					
Vorratsvermögen	141	27	65	21	27
Sonstiges Umlaufvermögen	230	44	149	48	35
Anlagevermögen	156	30	100	32	39
darunter					
Inländ. Betriebsgrundstücke	57	11	33	10	8
Maschinen und maschinelle Anlagen	28	5	20	6	12
Sonstige Sachanlagen	64	12	43	14	16
Aktiva	527	100	314	100	100
Fremdkapital	333	63	191	61	62
darunter					
Sonstige Dauerschulden	65	12	36	12	16
Übrige Schulden	266	50	154	49	44
Eigenkapital	194	37	122	39	38
Passiva	527	100	314	100	100
Zahl der Betriebe	7 622		5 857		27 888

1) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

und Gaststätten und das Friseurgewerbe, auch die Verkehrswirtschaft ist dazuzurechnen. In diesen Bereichen machte das Anlagevermögen zwei Drittel bis vier Fünftel der Bilanz aus. Das Eigenkapital ist hier niedriger als das Anlagevermögen, so daß ein Teil des Anlagevermögens durch vorwiegend langfristige Fremdmittel finanziert werden muß.

Umgekehrt haben der Großhandel, der Einzelhandel und auch die Werften ein verhältnismäßig geringes Anlagevermögen, das im Groß- und Einzelhandel vom Eigenkapital reichlich überdeckt wird. Bei den Werften wird die Deckung nur knapp erreicht; ihre Bilanz ist durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil des Umlaufvermögens (85% der Aktiva) gekennzeichnet. Dem hohen Anteil des Umlaufvermögens entspricht ein ebenso hoher Anteil vom Fremdkapital.

Handwerksbilanz

Die in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen wurden besonders ausgewiesen. 7 600 Betriebe mit Handwerkereigenschaft, die eine Bilanzsumme von 527 Mill. DM nachwiesen, wurden auf diese Weise als Handwerksbetriebe ermittelt. Etwa jeder vierte Gewerbebetrieb mit Einheitswert war somit in die Handwerksrolle eingetragen. An der gesamten Bilanzsumme der gewerblichen Betriebe waren sie mit etwa einem Neuntel beteiligt. Für die Zuordnung zum Handwerk war, wie gesagt, die Eintragung in die Handwerksrolle maßgebend. Es können also auch Betriebe, die nach land-

läufiger Auffassung eigentlich keine Handwerksbetriebe sind, in die Handwerksrolle eingetragen werden, z. B. Einzelhandels-, Großhandels- und Dienstleistungsbetriebe. Wegen dieser problematischen Zuordnung beschränkt sich die Darstellung auf die im herstellenden und verarbeitenden Gewerbe tätigen Handwerksbetriebe. In diesem Wirtschaftsbereich waren 5 900 Betriebe, die eine Bilanzsumme von 314 Mill. DM aufwiesen, in der Handwerksrolle registriert. Die Bilanzstruktur dieser Handwerksbetriebe zeigt einerseits in großen Zügen keine nennenswerte Abweichung von der Bilanz der übrigen Gewerbebetriebe: das Eigenkapital belief sich auf knapp zwei Fünftel (39%) der Bilanzsumme (38% bei allen Gewerbebetrieben). Andererseits war das Anlagevermögen (32%) im Verhältnis zu den Bilanzsummen niedriger als bei allen Gewerbebetrieben. Daraus ergibt sich für das Handwerk im herstellenden und verarbeitenden Gewerbe eine günstigere Relation des Eigenkapitals zum Anlagevermögen als in der Gesamtbilanz, in der das Eigenkapital das Anlagevermögen nur schwach deckte. Der verhältnismäßig größere Anteil des Umlaufvermögens, nämlich 68% gegenüber 61% bei allen Gewerbebetrieben, ist durch den hohen Anteil des sonstigen Umlaufvermögens bedingt, das fast die Hälfte der Bilanzsumme ausmachte (48%). In der gesamten gewerblichen Wirtschaft war das sonstige Umlaufvermögen nur mit reichlich einem Drittel vertreten. Da in der Bilanzposition sonstiges Umlaufvermögen sowohl Forderungen an Kunden als auch Bargeld und Bankguthaben

Tab. 4 Vermögen und Schulden der gewerblichen Betriebe am 1.1.1957 nach ausgewählten Rechtsformen
 – nicht natürliche Personen –

Bilanzposten	Ausgewählte Rechtsformen									
	AG, KGaA.		GmbH		eGmbH		OHG, KG usw.		Kreditanstalten des öffentlichen Rechts	
	Mill.DM	%	Mill.DM	%	Mill.DM	%	Mill.DM	%	Mill.DM	%
	ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften									
Umlaufvermögen	499	69	530	67	71	64	730	68	x	x
darunter										
Vorräte	262	36	203	26	30	27	306	28	x	x
Anlagevermögen	226	31	258	33	39	36	346	32	x	x
Aktiva	724	100	789	100	110	100	1 076	100	x	x
Fremdkapital	458	63	536	68	79	72	655	61	x	x
darunter										
Dauerschulden	100	14	168	21	15	14	145	14	x	x
Eigenkapital	267	37	253	32	31	28	421	39	x	x
Passiva	724	100	789	100	110	100	1 076	100	x	x
Zahl der Betriebe	52		654		195		3 901		x	
	Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften									
Umlaufvermögen	368	91	16	70	352	95	50	95	1 770	99
darunter										
Vorräte	-	-	-	-	10	3	0	0	-	-
Anlagevermögen	37	9	7	30	17	5	3	5	27	1
Aktiva	406	100	23	100	369	100	53	100	1 797	100
Fremdkapital	368	91	17	75	354	96	46	87	1 738	97
darunter										
Dauerschulden	144	36	2	9	10	3	1	1	25	1
Eigenkapital	38	9	6	25	15	4	7	13	58 ^{a)}	3
Passiva	406	100	23	100	369	100	53	100	1 797	100
Zahl der Betriebe	11		25		310		7		53	

a) einschl. 19 Mill. DM steuerfreie Vermögensteile

enthalten sind, deren Anteile aber nicht bestimmt werden können, ist nicht mit Gewißheit zu sagen, ob das Handwerk am 1.1.1957 besonders liquide war oder ob, was wahrscheinlicher ist, die ausstehenden Forderungen in dieser Bilanzposition das größere Gewicht hatten.

Bilanzstruktur ausgewählter Rechtsformen

In der Bilanz der Aktiengesellschaften wird das Anlagevermögen (31% der Aktiva) durch das Eigenkapital (37%) gut gehalten, für die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, bei denen das Anlagevermögen ein Drittel der Bilanzsumme beanspruchte, war das Eigenkapital schon etwas geringer als das Anlagevermögen. Das ungünstigste Verhältnis des Eigenkapitals zum Anlagevermögen weisen die eingetragenen Genossenschaften nach. Die Deckungslücke (21% des Anlagevermögens wurden durch das Eigenkapital nicht gedeckt) hat wegen der besonderen Haftungsverpflichtungen, denen die Mitglieder einer Genossenschaft unterliegen, eine etwas andere Bedeutung als es sonst der Fall ist. Die offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften konnten ihr Anlagevermögen und noch einen Teil ihres Umlaufvermögens aus eigenen Mitteln finanzieren.

In den Bilanzen der Aktiengesellschaften haben die Vorräte (36% der Aktiva) ein größeres Gewicht als bei den anderen Rechtsformen. Im Fremdkapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung machen die Dauerschulden 21% der Passiva aus.

Bilanzstruktur der Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

Die Bilanzsumme hat sich im Laufe von vier Jahren mehr als verdoppelt (von 1,3 Mrd. DM auf 2,8 Mrd. DM). Entscheidend für diese Bilanzverlängerung war die Expansion des Kreditgeschäftes.

Das Anlagevermögen spielt in den Bilanzen dieses Bereiches eine untergeordnete Rolle (3% der Bilanzsumme). In den gewerblichen Betrieben ist das Anlagevermögen dagegen mit etwa vier Fünfteln an der Bilanzsumme beteiligt. Innerhalb des Anlagevermögens sind noch die Betriebsgrundstücke zu erwähnen, die bei den Gewerbebetrieben nicht ganz ein Zehntel (8%) des Betriebskapitals ausmachen, bei den Banken aber nur 1% betragen. Ebenso unbedeutend sind Maschinen und sonstige Sachanlagen für die Bankbilanz (vgl. dazu Tab. 1). Die Finanzanlagen haben demgegenüber die gleiche

Tab. 5 Vermögen und Schulden der Banken,
Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

Bilanzposten	1.1.1953		1.1.1957		Veränd. geg. 1953
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Umlaufvermögen	1 223	96	2 722	97	+ 123
davon					
Vorratsvermögen	5	0,4	10	0,4	+ 107
Sonstiges Umlaufvermögen	1 218	95,2	2 712	96,2	+ 123
Anlagevermögen	57	4	95	3	+ 68
Aktiva	1 280	100	2 818	100	+ 120
Fremdkapital	1 210	95	2 680	95	+ 121
davon					
Kreditgewinnabgabe	0	0,0	0	0,0	- 7
Sonstige Dauerschulden	8	0,7	181	6,4	+ 2 081
Übrige Schulden	1 202	93,9	2 499	88,7	+ 108
Eigenkapital	69	5	137	5	+ 98
davon					
Schachtelbeteiligungen	3	0,2	11	0,4	+ 266
Einheitswert	66	5,2	127	4,5	+ 91
Passiva	1 280	100	2 818	100	+ 120
Zahl der Betriebe	409		448		+ 10

Bedeutung (2%) wie in den Gewerbebetrieben. Die Vermögensstruktur wird durch das Umlaufvermögen, und zwar fast ausschließlich durch die im sonstigen Umlaufvermögen enthaltenen Debitoren bestimmt. Vorräte spielen in den Bankbilanzen so gut wie gar keine Rolle (0,4%).

Dem dominierenden Umlaufvermögen auf der Aktivseite einer Bankbilanz entspricht auf der Passivseite der überragende Anteil, den das Fremdkapital hat: mehr als neun Zehntel (95% der Bilanzsumme) von 2,8 Mrd. DM waren fremde Mittel. Unter den Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften sind die Kreditanstalten des öffentlichen Rechts besonders hervorzuheben (vgl. auch Tabelle 4). Mit einer Bilanzsumme von 1,8 Mrd. DM waren diese Kreditinstitute die wichtigste Gruppe. Das Anlagevermögen ist hier extrem niedrig (1% der Aktiva), so daß das Eigenkapital, obwohl es nur 3% der Bilanzsumme ausmacht, doppelt so hoch ist wie das Anlagevermögen. Unter den als Gesellschaft mit beschränkter Haftung nachgewiesenen Unternehmen ist die Mehrzahl als Versicherung oder Beteiligungsgesellschaft tätig, daher hat das Anlagevermögen (30% der Bilanzsumme) hier größere Bedeutung. Die Bilanz der 310 genossenschaftlich organisierten Banken weist die Besonderheit auf, daß Vorräte ausgewiesen werden, was darauf zurückzuführen ist, daß die ländlichen Spar- und Darlehnskassen neben dem Kreditgeschäft häufig auch das Warengeschäft betreiben.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Das Bilanzbild der gewerblichen Wirtschaft in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 7 (Januar)

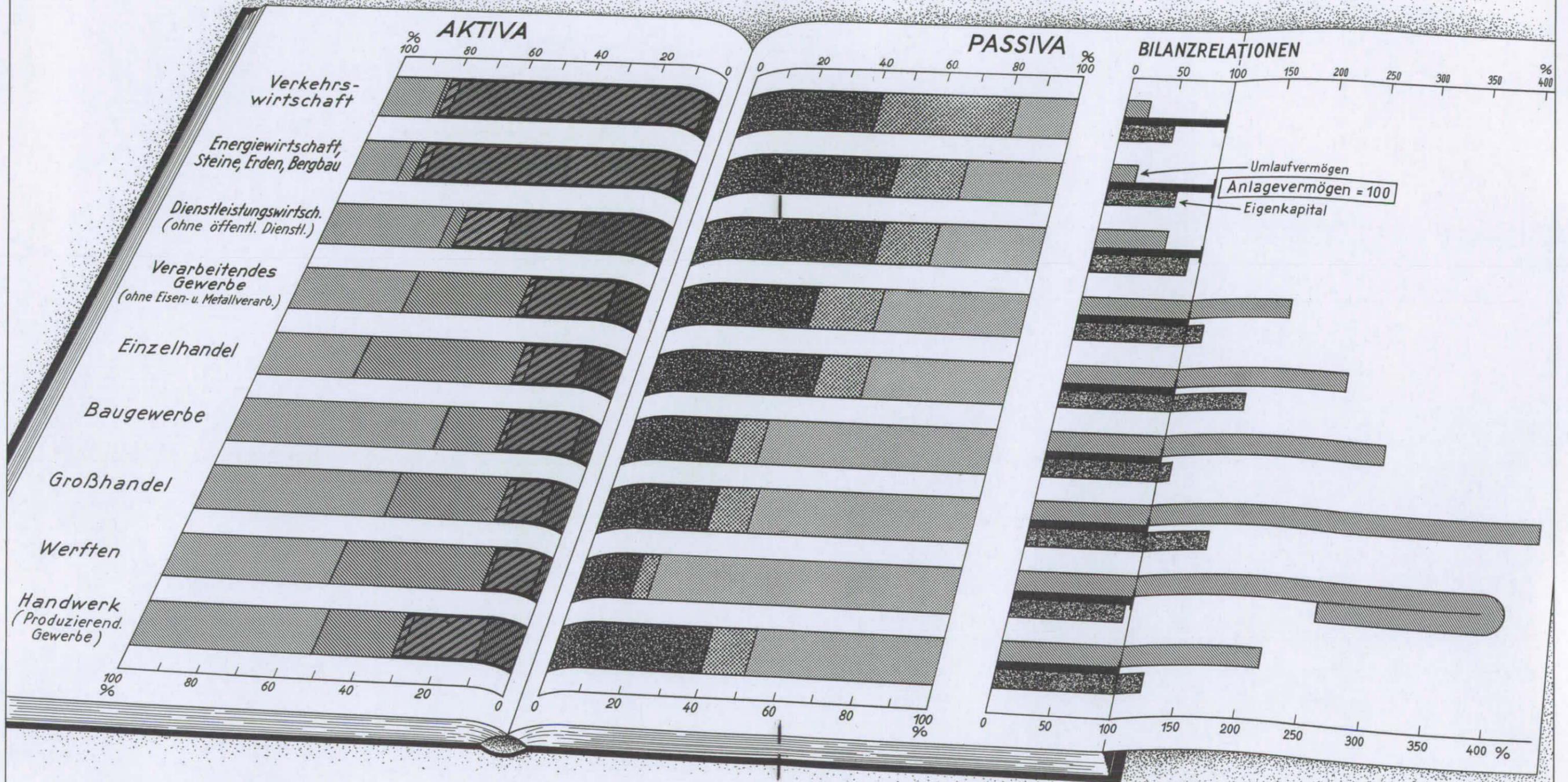
Die Entwicklung der Einzelhandelspreise 1959

Im Verlauf des Jahres 1959 ist das Preisniveau der industriellen Produkte geringfügig und das der landwirtschaftlichen Erzeugnisse etwas stärker angestiegen. Die Preiserhöhungen traten im wesentlichen in der zweiten Hälfte des Jahres ein, da in den ersten Monaten des Jahres die schon im Vorjahr zu beobachtende Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums vorerst noch anhielt. Die krisenhaften Erscheinungen, die 1958 in einigen Teilbereichen der Industrie aufgetreten waren, schienen auf die gesamte Wirtschaft überzugreifen. Während der Kohlebergbau unter strukturell bedingten Absatzschwierigkeiten litt, machte sich ein Nachlassen der Inland- und Auslandnachfrage auch bei anderen Zweigen der Grundstoffindustrie und der Verbrauchsgüterindustrie zunehmend bemerkbar. Diese Entwicklung setzte sich jedoch im Laufe des Jahres 1959 nicht fort, sondern es erfolgte, insgesamt gesehen, eine sehr kräftige Neubelebung der Nachfrage. Getragen wurde dieser wirtschaftliche Aufschwung im wesentlichen von der Bauindustrie, die erneut die Grenzen ihrer Kapazität erreichte. Hinzu kam die sich belebende Auslandsnachfrage, die besonders die Auftragslage der

Grundstoffindustrie verbesserte. Die schnelle Expansion konnte nicht ohne nachteilige Auswirkungen auf das Lohn- und Preisniveau bleiben, da einer Ausweitung der industriellen Kapazität durch den Engpaß auf dem Arbeitsmarkt Grenzen gesetzt sind und die Erhöhung der Produktivität durch Rationalisierung nicht immer der steigenden Nachfrage folgen kann. Das Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage hat sich daher teilweise in Preiserhöhungen niedergeschlagen.

Für die Preisentwicklung auf dem Agrarmarkt waren 1959 äußere Einflüsse entscheidend. Als Folge der anhaltenden Trockenheit im Frühjahr und Sommer wurde eine Mißernte befürchtet und die Preise sowohl der tierischen als auch der pflanzlichen Produkte stiegen im Frühsommer über die saisonbedingten jährlichen Höchstwerte hinaus an. Auch nachdem die endgültigen Ernteergebnisse günstiger ausfielen als die Schätzungen, blieben die Preise zahlreicher landwirtschaftlicher Erzeugnisse ungewöhnlich hoch. Erst Ende des Jahres setzten wieder Preisnachlässe ein, die zum Teil auf verstärkte Einfuhren zurückzuführen sind.

DIE BILANZSTRUKTUR AUSGEWÄHLTER WIRTSCHAFTSBEREICHE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN AM 1. 1. 1957 -IN %-



Das aufgeschlagene "Hauptbuch" zeigt die Anteile der wichtigsten Bilanzpositionen an der Bilanzsumme einiger Wirtschaftsbereiche. Die Hauptposten der Aktivseite - Anlagevermögen und Umlaufvermögen - haben je nach der Eigenart der Unternehmen unterschiedliches Gewicht; ein hoher Anlagenanteil ist z. B. für die Unternehmen der Verkehrswirtschaft charakteristisch, das Umlaufvermögen dominiert dagegen in den Großhandelsunternehmen und den Werften. In der Dienstleistungswirtschaft spielen die Grundstücke und die zum Anlagevermögen ge-

hörenden Finanzanlagen, Beteiligungen und Gewer-
berechtigungen eine beachtliche Rolle.

Die mit der Aktivseite korrespondierende Passiv-
seite der Bilanz zeigt die Finanzierungsquellen,
gegliedert in Fremdkapital und Eigenkapital. Da das
langfristig gebundene Anlagevermögen durch lang-
fristige Mittel finanziert sein soll, haben anlage-
intensive Wirtschaftsbereiche verhältnismäßig wenig
Fremdkapital.

Die dargestellten Bilanzrelationen setzen das An-

lagevermögen in Beziehung zum Eigenkapital und
zum Umlaufvermögen. Dabei zeigt sich, daß die
erwünschte Deckung des Anlagevermögens durch
Eigenkapital nicht immer erreicht wird, z. B. in der
Verkehrswirtschaft. Hier muß das Anlagevermögen
noch in erheblichem Umfang durch langfristiges
Fremdkapital (Dauerschulden) finanziert werden.

Sämtliche Angaben der Darstellung wurden aus der
Statistik der Einheitswerte auf den 1. 1. 1957 ge-
wonnen.



Tab. 1

Der Preisindex für die Lebenshaltung¹ im Bundesgebiet 1958 und 1959

- 1950 = 100 -

Bedarfsgruppe	Index		Veränderung in %		Jahresdurchschnitt		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
	Dez. 1958	Dez. 1959	Dez. 1958 gegen Dez. 1957	Dez. 1959 gegen Dez. 1958	1958	1959	1958	1959
							1958	1959
Ernährung	125	132	+ 0,3	+ 5,8	126	128	+ 3,1	+ 1,8
Getränke und Tabakwaren	85	85	+ 0,6	- 0,6	85	85	+ 0,1	- 0,2
Wohnung	121	123	+ 1,2	+ 2,0	120	122	+ 1,2	+ 1,8
Heizung und Beleuchtung	145	146	+ 4,5	+ 0,8	143	144	+ 4,9	+ 1,0
Hausrat	112	112	+ 1,6	- 0,6	112	112	+ 2,2	- 0,1
Bekleidung	104	106	+ 1,0	+ 1,8	104	105	+ 3,2	+ 0,2
Reinigung und Körperpflege	114	115	+ 2,0	+ 1,2	114	115	+ 3,0	+ 1,3
Bildung und Unterhaltung	122	125	+ 2,5	+ 2,5	120	123	+ 3,2	+ 2,5
Verkehr	136	137	+ 11,9	+ 0,5	133	136	+ 10,7	+ 2,4
Lebenshaltung insgesamt	119	123	+ 1,3	+ 3,5	119	121	+ 3,1	+ 1,4

1) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt, mittlere Verbrauchergruppe
Quelle: Statistisches Bundesamt

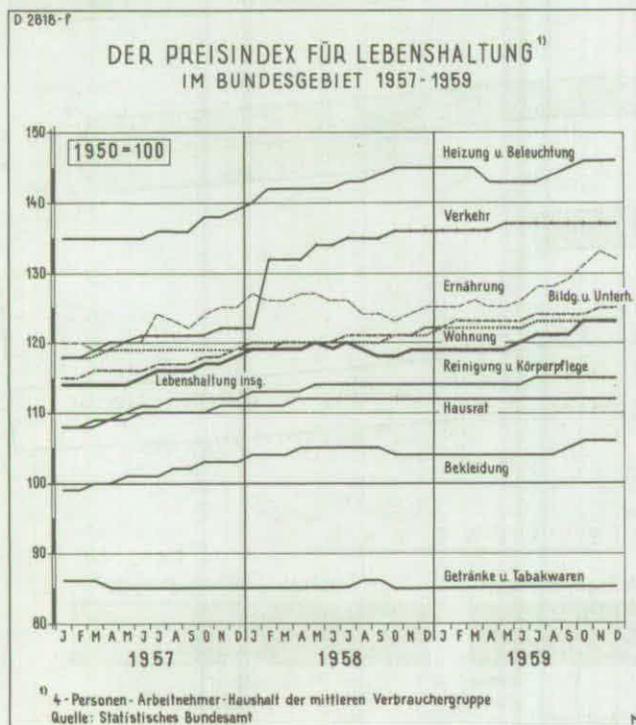
Diese kurz umrissenen wirtschaftlichen Faktoren haben 1959 im wesentlichen die Preisentwicklung im Einzelhandel beeinflusst. Für den Verbraucher haben sich dabei am stärksten die Preiserhöhungen der Lebensmittel bemerkbar gemacht, wie der Verlauf des Preisindex für die Lebenshaltung und des Index der Einzelhandelspreise zeigt. Beide Indices haben die Aufgabe, die zahlreichen Preisänderungen in ihrer relativen Bedeutung widerzugeben. Sie werden für das Bundesgebiet insgesamt aufgestellt, während für Schleswig-Holstein nur Preisreihen ausgewählter Güter ermittelt und zu Meßziffern umgerechnet werden.

Der Preisindex für die Lebenshaltung ist bis zum Mai auf der gleichen Höhe wie am Jahresanfang geblieben. Die in den folgenden Monaten einsetzende Erhöhung ist vor allem durch den

Verlauf des Index für die Gruppe "Ernährung" beeinflusst. Aber auch in anderen Bedarfsgruppen wirkten sich in der zweiten Hälfte des Jahres Preissteigerungen aus und nur die Indices für Getränke und Tabakwaren und für Hausrat blieben das ganze Jahr über konstant; sie wiesen in den unabgerundeten Indexziffern sogar eine geringe Senkung auf. Ende 1959 war der Gruppenindex für Ernährung um 5,8% gestiegen gegenüber Dezember 1958, während in den übrigen Gruppen die Steigerungen von 0,5 - 2,5% schwankten.

Eine Gegenüberstellung der Zuwachsraten vom Dezember 1958 und Dezember 1959 zeigt, daß die Preissteigerungen 1959 den Index stärker als 1958 beeinflusst haben. Der Gesamtindex lag im Dezember 1959 um 3,5% höher als Ende 1958, während die Erhöhung 1958 gegenüber 1957 nur 1,3% betragen hatte. Hier spiegelt sich die Bedeutung der Ausgaben für Ernährung wider, die sich im Laufe des Jahres 1959 um 5,8% verteuert haben, 1958 jedoch nur unwesentlich gestiegen waren. Dafür war bei der Mehrzahl der übrigen Bedarfsgruppen 1958 das Ausmaß der Preissteigerungen größer als 1959, ohne daß der Gesamtindex dadurch wesentlich beeinflusst worden ist.

Ein Vergleich der Jahresdurchschnitte ergibt ein etwas anderes Bild, da hier die Preisbewegungen von zwei Jahren gegenübergestellt werden. Durch den konstanten Verlauf des Preisindex in den ersten Monaten des Jahres 1959 lag das Jahresmittel nur um 1,4% über dem vorjährigen Mittelwert. Im Jahresdurchschnitt stieg auch der Gruppenindex für Ernährung nur um 1,8% an. Am stärksten erhöhten sich dagegen bei diesem Vergleich die Indices für Bildung und Unterhaltung und für Verkehr. Eine Gegenüberstellung mit den durchschnittlichen Zuwachsraten 1958 ergibt, daß die Preiserhöhungen 1958 gleichmäßiger auf die Bedarfsgruppen verteilt waren als 1959, wo nur die Ausgaben



1) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt der mittleren Verbrauchergruppe
Quelle: Statistisches Bundesamt

Tab. 2

Der Index der Einzelhandelspreise im Bundesgebiet¹ 1958 und 1959

- 1950 = 100 -

Geschäfte	Index		Veränderung in %		Jahresdurchschnitt		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
	Dez. 1958	Dez. 1959	Dez. 1958 gegen Dez. 1957	Dez. 1959 gegen Dez. 1958	1958	1959	1958	1959
Lebensmittelgeschäfte	113	117	+ 0,7	+ 3,7	113	115	+ 1,5	+ 1,8
Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk	99	99	+ 0,5	- 0,1	99	98	+ 2,7	- 0,9
Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf	123	122	+ 1,5	- 0,5	123	122	+ 2,1	- 0,4
Sonstige Branchen des Einzelhandels	123	124	+ 1,4	+ 0,9	122	123	+ 2,3	+ 0,6
Einzelhandel insgesamt	111	113	+ 0,9	+ 1,6	111	112	+ 2,1	+ 0,6

1) Quelle: Statistisches Bundesamt

für Ernährung, Wohnung, Bildung und Unterhaltung sowie Verkehr überdurchschnittlich ansteigen.

Einen ähnlichen, aber ausgeglicheneren Verlauf zeigt der Index für die Einzelhandelspreise. Preiserhöhungen wirkten sich auch hier am stärksten bei den Lebensmittelgeschäften aus, deren Preisniveau im Dezember 1958 um 3,7% höher als zum Jahresende 1958 lag. Bei den Textil- und Schuhwarengeschäften war dagegen im selben Zeitraum eine unbedeutende Senkung des Preisniveaus zu verzeichnen, bei den Möbel- und Hausratgeschäften lag es um 0,5% unter dem Stand vom Dezember 1958. Insgesamt ist daher der Index für die Einzelhandelspreise nur um 1,6% höher als im Vorjahr.

Im Jahresdurchschnitt war das Ausmaß des Preisanstiegs noch geringer, da die Preiserhöhungen bei den Lebensmittelgeschäften erst in der zweiten Jahreshälfte einsetzten und außerdem etwas ausgeglichen wurden durch die Preisermäßigungen bei Textilien und Hausrat. 1958 hatten sich dagegen in allen Branchen Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahr ergeben und im Jahresmittel war es daher in allen Warenbereichen zu Indexerhöhungen gekommen; sie waren nur bei den Lebensmitteln niedriger als 1959.

Für Schleswig-Holstein können nur die Preisveränderungen einzelner Güter wiedergegeben werden. Bei den Nahrungsmitteln waren die Preiserhöhungen von Gemüse, Obst und Kartoffeln besonders extrem. Von den in Schleswig-Holstein erfaßten Gemüsesorten haben sich 1959 Möhren, Porree, Weißkohl und Rotkohl am stärksten verteuert. Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres waren im Dezember 1959 die Preise

der Möhren um 97%,

des Porree um 77%,

des Rotkohls um 65%

und des Weißkohls um 61% gestiegen.

Da auch die Obsternte 1959 nicht wieder die Rekordhöhe des Vorjahres erreichte, lagen die Preise für inländische Äpfel Ende 1959 merk-

lich höher als Ende 1958. Dafür waren die Äpfel 1959 billiger als im Vorjahr.

Schon zur Einkellerungszeit 1958 war das Preisniveau für Speisekartoffeln ungewöhnlich hoch. Anfang des Jahres 1959 verteuerten sich die Kartoffeln weiter und die Preise gingen im Frühsommer über die saisonbedingten Spitzen hinaus, da durch die Trockenheit die Lage auf dem Kartoffelmarkt weiter verschärft wurde. Auch nach der Ernte, die weniger quantitativ als qualitativ unter dem Durchschnitt blieb, gingen daher die Preise nur unbedeutend zurück; sie lagen zur Einkellerungszeit 1959 noch erheblich über den hohen Preisen vom Vorjahr und waren auch im Dezember noch immer um 11% teurer als vor Jahresfrist.

Bei den übrigen pflanzlichen Nahrungsmitteln waren, abgesehen vom Sauerkraut, das um gut die Hälfte teurer wurde, die Preisänderungen in Jahresfrist verhältnismäßig gering.

Fleisch wurde 1959 spürbar teurer und erst um Jahresende wurde die seit Mai andauernde Tendenz zu Preissteigerungen unterbrochen. Dabei

Tab. 3 Die Preisentwicklung wichtiger Nahrungsmittel in Schleswig-Holstein von Dez. 1958 - Dez. 1959 in %

Nahrungsmittel	Veränderung in % ¹ Dezember 1959 gegenüber Dezember 1958
Roggenvollkornbrot	-
Weizenbrot	-
Brötchen	+ 1,2
Weizengrieß	+ 1,1
Vollreis, unglasiert	+ 1,1
Fischfilet	+ 1,1
Rindfleisch zum Kochen	+ 4,5
Rindfleisch zum Schmoren	+ 8,4
Schweinefleisch, Kotelett	+ 5,0
Schweinefleisch, Bauchfleisch	-
Kalbfleisch zum Braten	+ 8,1
Hammelfleisch	- 0,6
Deutsche Markenbutter	+ 0,5
Margarine (Spitzensorte)	+ 5,5
Vollmilch	+ 2,4
Edamer Käse 30 % Fett i. Tr.	+ 8,0
Eier, inländische, Klasse B	- 8,0

1) auf Grund der Meßziffern 1950 = 100

setzte der Weideabtrieb durch den Futtermangel früher und stärker als in den Vorjahren ein, doch blieb das vergrößerte Angebot von Fleisch zunächst ohne Einfluß auf die Einzelhandelspreise. Erst im November und im Dezember gingen die Preise etwas zurück, aber bis auf Schweinebauch und Hammelfleisch lagen sie auch in diesen Monaten noch über dem Vorjahresniveau. Bei Fleischwaren hielten die Preissteigerungen das ganze Jahr über an mit Ausnahme von Speck. Die besonders gefragten Aufschnittsorten wie gekochter Schinken verteuerten sich am stärksten.

Die gesunkene Milchleistung der Kühe verursachte im Herbst eine Verknappung an Butter und damit einen steilen Anstieg des Butterpreises. Durch Importe in Verbindung mit dem Wiederanstieg der Milchleistung konnte diese Entwicklung zum Jahresende unterbrochen werden, so daß im Dezember die Butterpreise fast auf die Vorjahreshöhe zurückgingen. Aus den gleichen Gründen wie bei der Butter verteuerte sich auch Käse fühlbar, jedoch sind hier Preisnachteile zum Jahresende noch nicht eingetreten.

Die Eierpreise blieben 1959 unter der Vorjahreshöhe, nur für ausländische Eier wurden in den letzten beiden Monaten höhere Forderungen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres gestellt.

Auf dem gewerblichen Sektor ist die Nachfrage nach Möbeln in den letzten Jahren etwas schleppender geworden. Es kam daher zu geringen Preisermäßigungen, die fast ausschließlich auf den verschärften Wettbewerb zurückzuführen sein dürften. Bei den anderen Haushaltsgegenständen hielten sich die Preisänderungen in engen Grenzen, ein großer Teil der Waren blieb im Preis gleich, im übrigen hielten sich Preis-

senkungen und -erhöhungen etwa die Waage. Nur in der Rundfunk- und Fernsehindustrie war die Marktlage durch geplante Kartellbildungen etwas uneinheitlich. Anfang des Jahres kam es zu erheblichen Preisnachlässen für Rundfunkgeräte, die zum Teil jedoch im Laufe des Jahres wieder rückgängig gemacht wurden.

Bei Textilien hielt die Tendenz zu Preisermäßigungen auch 1959 zunächst noch an; sie schwächte sich dann ab und hatte zum Jahresende kaum noch Bedeutung. Dagegen konnten die Schuhpreise nicht auf der Vorjahreshöhe gehalten werden. Die Weltmarktpreise für Häute und Felle zogen merklich an, so daß die Preise für Schuhe je nach der Lederart um 6 - 10% anstiegen. Nur bei Arbeitsschuhen blieb die Preiserhöhung mit 3% geringer.

Seifenwaren wurden z. T. etwas teurer, während die Preise anderer Reinigungsmittel unverändert blieben. Nur Seifenpulver für Feinwäsche ging im Zusammenhang mit Änderungen der Qualität und des Packungsgewichts im Preis zurück.

Durch die Freigabe der Kohlepreise für den Kleinverkauf ergab sich ein geringer Preisnachlaß für Steinkohle. Dagegen wurden Braunkohlenbriketts um 4% teurer.

Die Preise handwerklicher Leistungen stiegen auch 1959 weiter an, weil die Lohn- und zum Teil auch die Materialkosten gestiegen sind. Diese Entwicklung wird auch für die nächsten Jahre nicht zu vermeiden sein, da die Arbeitskosten durch Arbeitszeitverkürzungen und Tarifänderungen weiter steigen dürften.

Dipl.-Volksw. Gisela A. Schlüter

Vergleiche auch: "Der Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 1958" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 108 (Mai) und "Die Preise im Jahr 1959" in Wirtschaft und Statistik 1960, S. 68 (Januar)

Das Aufkommen an Gemeindesteuern und die Schlüsselzuweisungen

Die in den letzten Jahren beobachtete günstige Entwicklung des Steueraufkommens im Bundesgebiet gilt auch für das Gemeindesteueraufkommen in Schleswig-Holstein: Es erhöhte sich vom Rechnungsjahr 1950 bis zum Rechnungsjahr 1959 um 145% auf 292 Mill. DM, d. h. den schleswig-holsteinischen Gemeinden stand im Rechnungsjahr 1959 ein um 173 Mill. DM höheres Steueraufkommen zur Verfügung als 1950. Die Zuwachsrate gegenüber 1958 stellte sich auf 15%, eine seit dem Rechnungsjahr 1951 nicht mehr erreichte Steigerung.

Bedenklich ist jedoch die Einseitigkeit in der Entwicklung des Steueraufkommens: Das Mehraufkommen ist überwiegend durch die außerge-

wöhnlich hohen Zuwachsraten der Gewerbesteuern bedingt. 86% des Mehraufkommens an Steuern im Rechnungsjahr 1959 gegenüber dem Rechnungsjahr 1950 kamen durch die Gewerbesteuern nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme auf, das entsprach einer Aufkommenssteigerung dieser Steuern von 342%; die Steuern aus land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken erhöhten sich dagegen in den 10 Jahren nur unwesentlich um 9%. Auch das Aufkommen an Grundsteuer B weist keine außerordentliche Steigerung auf (+ 28%).

Die übrigen Gemeindesteuern sind in ihrer Aufkommenshöhe zu gering, als daß sie entscheidend zu der Entwicklung des Steueraufkommens

Tab. 1

Entwicklung der Gemeindesteuern in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

Rechnungsjahr	Bundesgebiet ¹						Schleswig-Holstein					
	Steuer- auf- kommen ins- gesamt Mill.DM	Zuwachsraten gegenüber 1950 in %					Steuer- auf- kommen ins- gesamt Mill.DM	Zuwachsraten gegenüber 1950 in %				
		Steuer- auf- kommen ins- gesamt	darunter			dagegen Brutto- Inlands- produkt in jeweiligen Preisen		Steuer- auf- kommen ins- gesamt	darunter			dagegen Brutto- Inlands- produkt in jeweiligen Preisen
			Grund- steuer A	Grund- steuer B	Gewerbe- steuer nach Ertrag und Kapital und Lohn- summe				Grund- steuer A	Grund- steuer B	Gewerbe- steuer nach Ertrag und Kapital und Lohn- summe	
1950	2 665	x	x	x	x	x	119	x	x	x	x	x
1952	4 155	+ 56	+ 4	+ 4	+ 108	+ 39	158	+ 33	+ 3	+ 9	+ 74	+ 27
1954	5 036	+ 89	+ 11	+ 15	+ 163	+ 62	183	+ 54	+ 6	+ 15	+ 121	+ 41
1956	5 994	+ 125	+ 13	+ 22	+ 229	+ 103	209	+ 76	+ 6	+ 19	+ 168	+ 71
1957	6 703	+ 152	+ 16	+ 27	+ 279	+ 120	222	+ 87	+ 8	+ 21	+ 193	+ 88
1958	7 247	+ 172	+ 18	+ 34	+ 315	+ 134	254	+ 113	+ 9	+ 24	+ 258	+ 100
1959	+ 152	292	+ 145	+ 9	+ 28	+ 342	+ 119

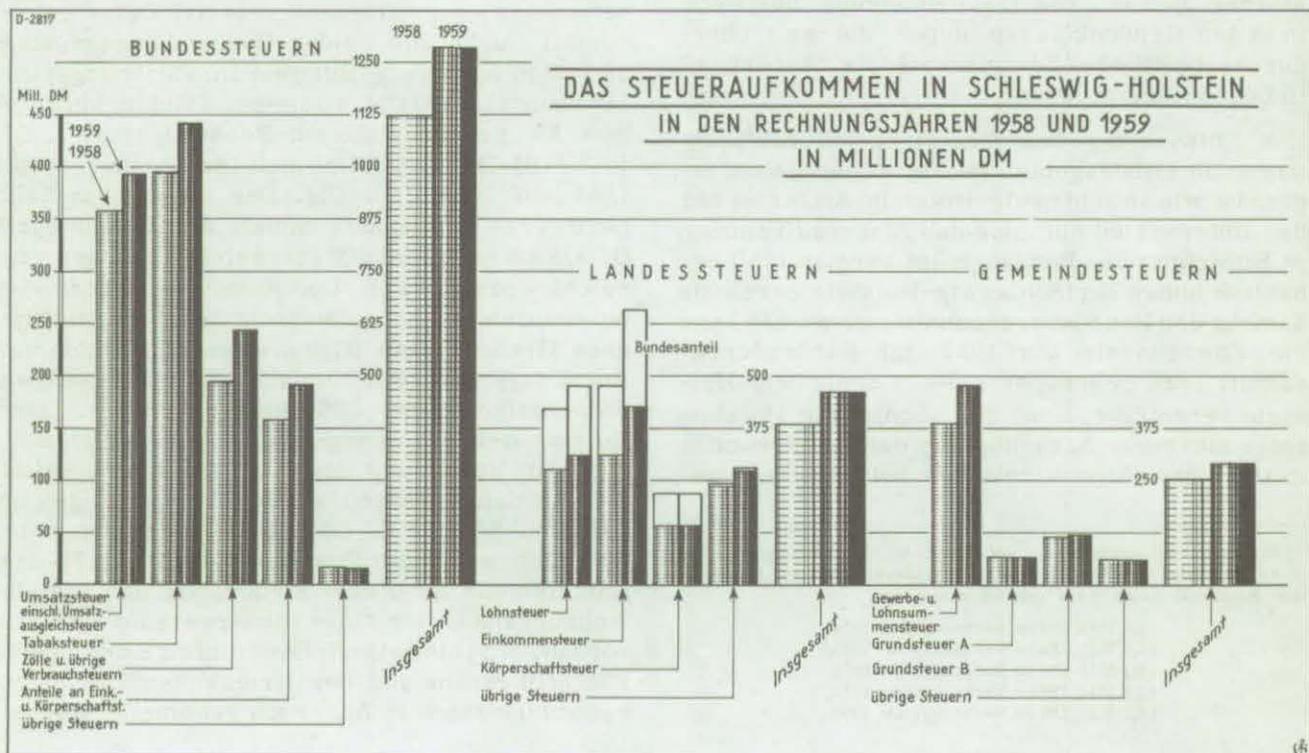
1) ohne Berlin (West) und Saarland

hätten beitragen können; auf sie entfielen im Rechnungsjahr 1950 insgesamt 11%, im Rechnungsjahr 1959 nur noch 9% des Steueraufkommens.

Die einseitige Entwicklung der Gemeindesteuern führte zu einer Anteilverschiebung der Steuerarten am Gesamtaufkommen: Im Rechnungsjahr 1950 betrug der Anteil der Gewerbesteuern nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme 37%; er stieg bis 1959 auf zwei Drittel des gesamten Steueraufkommens. Der Anteil der Grundsteuer A sank von 21% auf 9%, der der Grundsteuer B von 31% auf 16%.

Die ungleichen Zuwachsraten der Steuerarten hatten eine unterschiedliche Aufkommensent-

wicklung der einzelnen Gemeinden zur Folge: Das Steueraufkommen der industrieschwachen Gemeinden blieb weit hinter dem der industriestarken Gemeinden zurück. Die von Jahr zu Jahr stärker auseinanderklaffende Steuerkraft läßt sich bereits zwischen den Gemeindegrößenklassen feststellen, da die Wirtschaftsunternehmen in den größeren Gemeinden relativ häufiger und auch größer sind als in den kleinen. So sind die Gewerbesteuern am Gesamtaufkommen im Rechnungsjahr 1958 in den kleinen Gemeinden (weniger als 1 000 Einwohner) nur zu einem Viertel (22%) beteiligt. Dieser Anteil steigt im wesentlichen mit wachsender Gemeindegrößenklasse und erreichte in den kreisfreien Städten drei Viertel des gesamten Steueraufkommens. Der Gewerbesteuerausgleich läßt



Tab. 2

Die Entwicklung der Realsteuern¹ in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

Gemeindegrößenklasse	Bundesgebiet ²			Schleswig-Holstein				
	Zuwachsrates der Realsteuern Rj. 1958 gegenüber Rj. 1950 ³ in %	Anteil der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital am gesamten Realsteuer- aufkommen (%) Rechnungsjahr		Zuwachsrates der Realsteuern Rj. 1958 gegenüber Rj. 1950 ³ in %	Anteil der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital am gesamten Realsteuer- aufkommen (%) Rechnungsjahr		Real- steuer- auf- kommen je Einw. in % zum Bundes- gebiet	Fiktives Aufkommen an Realsteuern je Einw. Rj. 1958 ⁴ in % zum tatsächlichen Aufkommen im Bundesgebiet
		1950	1958		1950	1958		
Gemeinden								
mit weniger als 1 000 Einw.	+ 104	15	36	+ 97	9	28	128	126
mit 1 000 - 2 000 "	+ 123	29	57	+ 99	15	28	106	100
" 2 000 - 3 000 "	+ 144	43	69	+ 68	18	53	67	62
" 3 000 - 5 000 "	+ 138	50	74	+ 119	35	62	85	79
" 5 000 - 10 000 "	+ 146	54	78	+ 119	43	68	75	70
" 10 000 - 20 000 "	+ 144	60	81	+ 169	48	78	83	80
" 20 000 - 50 000 "	+ 146	59	82	+ 145	51	74	67	62
" 50 000 - 100 000 "	+ 167	58	82	+ 117	54	75	66	60
" 100 000 und mehr Einw.	+ 179	53	82	+ 177	46	76	73	67
darunter Stadtkreise	+ 175	54	82	+ 161	48	76	71	66
Insgesamt	+ 168	50	77	+ 140	37	65	74	70

1) ohne Lohnsummensteuer 2) ohne Berlin (West) und Saarland 3) berechnet nach den absoluten Beträgen 4) unter der Voraussetzung bundesdurchschnittlicher Hebesätze anstelle der tatsächlichen Hebesätze in Schleswig-Holstein

diesen Anteil bei den Kleinstgemeinden auf 29% steigen und den der vier kreisfreien Städte auf 71% sinken.

Die Aufkommenssteigerungen nach Gemeindegrößenklassen sind sehr uneinheitlich. Sie beliefen sich bei den Realsteuern (ohne Lohnsummensteuer) im Rechnungsjahr 1958 - gemessen am Steueraufkommen des Rechnungsjahres 1950 - auf 68% in Gemeinden mit 2 000 bis unter 3 000 Einwohnern und stiegen auf 177% in Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern. Diese Entwicklung hat die bereits bestehenden großen Unterschiede in der Steuerkraft noch stärker betont. Die Gewerbesteuer bestimmt in allen Größenklassen durch die weit überdurchschnittliche Zuwachsrates die Steuerkraft in bedenklichem Maße.

Die Entwicklung des Gemeindesteueraufkommens im Bundesgebiet ist im wesentlichen die gleiche wie in Schleswig-Holstein. Sie weist nur den Unterschied auf, daß das Steueraufkommen je Einwohner im Bundesgebiet bereits 1950 erheblich höher lag (Schleswig-Holstein erreichte damals den Bundesdurchschnitt nur zu 83%) und die Zuwachsrates bis 1958 im Bundesdurchschnitt 172% gegenüber 113% in Schleswig-Holstein erreichte, so daß Schleswig-Holstein trotz stärkerer Ausschöpfung der Steuerquellen mittels überdurchschnittlich hoher Hebesätze¹

mit seinem Steueraufkommen im Rechnungsjahr 1958 stärker (78%) hinter dem Bundesdurchschnitt zurückblieb als 1950. Die vergleichsweise geringere Steuerkraft der schleswig-holsteinischen Gemeinden ist durch das unterdurchschnittliche Aufkommen an Gewerbesteuern bedingt.

Einer Steigerung des Aufkommens der Grundsteuer B, wie es nach der intensiven Bautätigkeit zu erwarten gewesen wäre, war sowohl auf Grund der steuerlichen Erleichterung des ersten und zweiten Wohnungsbaugesetzes, wie auch der seit 1935 unverändert gebliebenen Einheitswerte, enge Grenzen gesetzt. Der Steuerausfall durch die beiden Wohnungsbaugesetze betrug in Schleswig-Holstein im Rechnungsjahr 1951 nur 135 000 DM, stieg aber seitdem sprunghaft an; er erreichte im Rechnungsjahr 1957 10,2 Mill. DM und belief sich im Rechnungsjahr 1959 auf 14,2 Mill. DM. Das ist ein um 23% geringeres Steueraufkommen an Grundsteuer B, als es ohne diese Steuererleichterungen erreicht worden wäre. Der Anteil der Steuer von unbebauten und bebauten nicht landwirtschaftlichen Grundstücken (Grundsteuer B) würde im Rechnungsjahr 1959 anstatt 16% des gesamten Steueraufkommens 20% erreicht haben. Der Beitrag der schleswig-holsteinischen Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbaues belief sich in den 9 Jahren seit dem Rechnungsjahr 1951 auf 60,7 Mill. DM. Die Gemeinden verzichteten somit im Durchschnitt auf 13,7% des Aufkommens an dieser Steuer. Da der soziale Wohnungsbau, der diese Steuervergünstigungen vorsah, in Schleswig-Holstein infolge der hohen Flüchtlingszahl und der Kriegsbeschädigungen besonders stark in Anspruch genommen wurde,

1) Die hohe Steueranspannung auf Grund der überdurchschnittlichen Hebesätze erbrachte den Gemeinden in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt ein Mehraufkommen von

14,6 Mill. DM im Rechnungsjahr 1954,
14,6 Mill. DM im Rechnungsjahr 1955,
13,1 Mill. DM im Rechnungsjahr 1956,
12,8 Mill. DM im Rechnungsjahr 1957,
13,0 Mill. DM im Rechnungsjahr 1958.

Tab. 3 Das Gemeindesteueraufkommen und die Schlüsselzuweisungen in den Rj. 1950, 1958 und 1959

Gemeindegrößenklasse	Rechnungsjahr 1950			Rechnungsjahr 1958			Rechnungsjahr 1959		
	Gemeindesteuer-aufkommen	Schlüssel-zuweisungen	Zusammen	Gemeindesteuer-aufkommen	Schlüssel-zuweisungen	Zusammen	Gemeindesteuer-aufkommen	Schlüssel-zuweisungen	Zusammen
	- DM je Einwohner -								
mit weniger als 1 000 Einw.	30,58	2,83	33,41	65,15	23,25	88,40	} 70,83	28,01	98,84
1 000 - 2 000 Einw.	32,03	3,57	35,60	69,60	22,91	92,51			
2 000 - 5 000 "	34,98	5,10	40,08	76,26	21,69	97,95			
5 000 - 10 000 "	41,94	5,23	47,17	89,92	16,21	106,13	104,20	20,13	124,33
10 000 - 20 000 "	46,31	4,01	50,32	131,58	13,51	145,09	149,70	15,76	165,46
20 000 - 50 000 "	51,66	6,38	58,04	113,80	15,28	129,08	131,00	17,39	148,39
Kreisfreie Städte	64,41	15,54	79,95	159,77	22,26	182,03	186,30	23,95	210,25
Gemeinden insgesamt	44,91	7,13	52,04	108,36	20,25	128,61	127,80	23,46	151,26
	- Mill. DM -								
Gemeinden	116,5	19,1	135,6	245,8	45,7	291,5	283,2	53,1	336,4
Landkreise	2,5	8,2	10,7	8,0	21,6	29,5	8,8	25,2	34,0
Insgesamt	119,0	27,3	146,3	253,8	67,3	321,1	292,1	78,4	370,5

war der Steuerverlust der schleswig-holsteinischen Gemeinden gegenüber denen des Bundesgebietes seit dem Rechnungsjahr 1953 stets überdurchschnittlich hoch gewesen. Auch hier sind die Unterschiede nach Gemeindegrößenklassen beträchtlich; In den kreisangehörigen Gemeinden betrug der Ausfall an Steueraufkommen 5,30 DM je Einwohner, und zwar mit wachsender Gemeindegrößenklasse ansteigend von 2,10 DM bis 8,00 DM; in den kreisfreien Städten belief sich der Ausfall auf 8,50 DM.

Der kommunale Finanzausgleich vermochte wohl die starken Steuerkraftunterschiede abzuschwächen, aber bei weitem nicht zu beseitigen. Im Zeitraum von 1950 bis 1958 haben sich die Schlüsselzuweisungen von rund 7 DM je Einwohner auf etwa 20 DM fast verdreifacht, sie erhöhten sich im Rechnungsjahr 1959 um weitere 3 DM; zu berücksichtigen ist weiterhin, daß die Gemeindefinanzen durch stärkere Übernahme der Gemeinschaftsaufgaben (Schulen, Polizei, Jugendpflege, Krankenhäuser und Straßenbau) durch das Land nicht unerheblich entlastet wurden.

Die Schlüsselzuweisungen - je Einwohner berechnet - waren im Rechnungsjahr 1950 noch sehr unterschiedlich auf die Gemeindegrößenklassen verteilt. Die kreisfreien Städte erhielten einen fünfeinhalbfach höheren Betrag aus der Finanzausgleichsmasse als die Summe der

kleinsten Gemeinden, von denen ein beträchtlicher Teil (27%) überhaupt keine Schlüsselzuweisungen bekam. Das Steueraufkommen der kreisfreien Städte lag um 111% höher als das der kleinsten Gemeinden. Der kommunale Finanzausgleich erhöhte diesen Unterschied auf 139%. Im Rechnungsjahr 1958 wirkten die Schlüsselzuweisungen dagegen ausgleichend: Die Steuerkraftunterschiede sind größer und betragen nunmehr zwischen steuerschwächster und steuerstärkster Gemeindegrößenklasse 145%. Wie im Rechnungsjahr 1950 wird die steuerschwächste Größenklasse durch die Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern gestellt; die Steuerkraft steigt mit wachsender Gemeindegrößenklasse steil an. Die Finanzausgleichszahlungen je Einwohner verhielten sich dagegen umgekehrt: Im Rechnungsjahr 1958 erhielt die kleinste Gemeindegrößenklasse den größten Betrag je Einwohner, nur noch 5% dieser Gemeinden erhielten keine Schlüsselzuweisungen. Diese Beträge nahmen mit wachsender Gemeindegrößenklasse von 23,25 DM auf 13,50 DM ab und stiegen lediglich in den beiden letzten Größenklassen wieder an. Einschließlich der Schlüsselzuweisungen lag das höchste Steueraufkommen (in den kreisfreien Städten) nunmehr 106% über dem niedrigsten.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Vergleiche auch: "Gemeindesteueraufkommen im Rechnungsjahr 1958" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 226 (September)

Kurzberichte

Produktionsergebnisse je Arbeitsstunde und je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe

Das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde, je Beschäftigten oder je Arbeiter ist trotz aller Problematik, die diesem Begriff anhaftet, doch

ein wertvolles Instrument zur Beurteilung wirtschaftlicher Entwicklungen oder der Auswirkung wirtschaftlicher Maßnahmen (z. B. im Blesing-Gutachten).

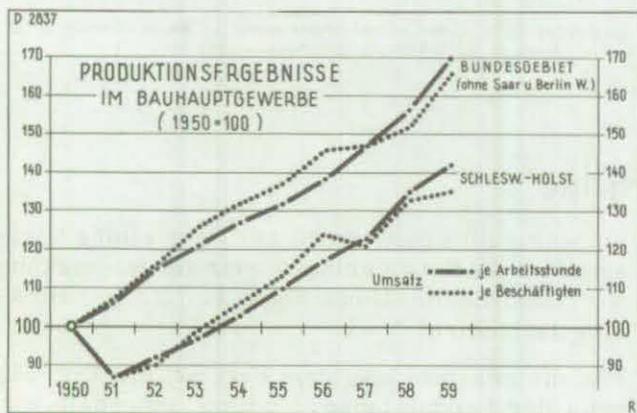
Für die gesamte Industrie bereitet die Errechnung der Produktionsergebnisse innerhalb der

gegebenen Möglichkeiten und bei Inkaufnahme der unvermeidlichen Unsicherheiten keine besonderen Schwierigkeiten, da es für die industrielle Produktion einen Index auf Mengenbasis gibt. Anders liegen jedoch die Dinge beim Bauhauptgewerbe. Hier läßt sich der vorhandene Produktionsindex aus methodischen Gründen nicht verwenden, so daß man gezwungen ist, die Produktion durch den preisbereinigten Umsatz auszudrücken. Leider fehlt aber nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern auch für den Bund ein vollständiger Index für die Preise im Hoch- und Tiefbau. Nur für den Wohnungsbau im Bundesgebiet sowie in Kiel und Lübeck gibt es Preisindices. Man muß sich daher mit diesen begnügen und im übrigen annehmen, daß sich die Preise im Tiefbau in derselben Weise entwickelt haben wie im Hochbau. Ob dies wirklich der Fall ist, läßt sich erst sagen, wenn der in Arbeit befindliche Index für die Preise im gesamten Bauhauptgewerbe des Bundesgebietes fertiggestellt ist. Da aber auch grobe Näherungswerte immer noch besser sind als gar keine, können die mit den vorhandenen Preisindices bereinigten Umsätze und die daraus errechneten Produktionsergebnisse, wenn man sich ihrer Problematik bewußt ist, doch recht wertvoll sein.

In Schleswig-Holstein hat die Produktivität, ausgedrückt durch den Umsatz je Arbeitsstunde, im Jahresdurchschnitt 1959 gegenüber 1950 um 42%, ausgedrückt durch den Umsatz je Beschäftigten, um 35% zugenommen. Diese Zunahmen sind eine Folge nicht nur des Einsatzes immer zahlreicherer Baumaschinen aller Art, sondern auch der stärkeren Rationalisierung der Bauweise (z. B. Verwendung von Baufertigelementen und dergleichen).

Interessant ist ferner der sowohl im Bund als auch in Schleswig-Holstein auftretende Knick der Kurve "Umsatz je Beschäftigten" im Jahre 1957. Hier spiegelt sich die Verkürzung der Arbeitszeit wider, die die Einstellung zusätzlichen Personals erforderte.

Schließlich zeigt ein Vergleich der Kurven für das Land und für den Bund die Tatsache, daß in



Schleswig-Holstein die Entwicklung des Bauhauptgewerbes im gegenwärtigen Konjunkturverlauf etwa zwei bis drei Jahre hinter der des Bundes zurückbleibt.

Dipl.-Ing. Erich Hirschbrich

Die Studierenden der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Kiel

Die Studierenden der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gehören an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel zur Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Im Sommersemester 1960 hatte diese Fakultät 1 311 Studenten, von denen 802 Rechtswissenschaften und 509 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studierten, davon 483 Deutsche und 26 Ausländer. Da in Kiel nur die Diplomprüfung für Volkswirte abgenommen wird, handelt es sich bei den Studierenden der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ausschließlich um Volkswirte.

Die Studierenden der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Kiel

Sommersemester	Deutsche Studierende			Ausländer
	insgesamt	davon		
		männlich	weiblich	
1950	270	240	30	1
1951	286	254	32	3
1952	274	244	30	.
1953	246	217	29	.
1954	234	193	41	.
1955	229	197	32	12
1956	242	207	35	11
1957	236	201	35	15
1958	328	278	50	15
1959	376	311	65	15
1960	483	404	79	26

Die Betrachtung beschränkt sich auf die Sommersemester, weil die Kieler Universität eine "Sommer-Universität" ist: die Zahl der Studierenden pflegt im Sommersemester immer größer zu sein als im Wintersemester.

Ein Blick auf die Entwicklung der Zahl der Volkswirte - in den folgenden Aussagen werden nur die deutschen Studierenden berücksichtigt - zeigt, daß sie in den letzten Jahren zugenommen hat und daß sie 1960 doppelt so hoch war wie 1956. Sie hat sich damit in ähnlicher Weise entwickelt wie die gesamte Studentenzahl der Universität. 1960 waren 9% der Studenten Volkswirte. Dieser Anteil hat sich im Jahrzehnt 1950/60 nur wenig verändert. Er hielt sich zwischen 8% und 11%. Das Wirtschaftsstudium ist bei den Frauen verhältnismäßig unbeliebt. 1960 waren von 100 Volkswirten 84 Männer und 16 Frauen. Der Anteil der Studentinnen für alle Fakultäten betrug 28%. In Kiel werden etwa 5% der Volkswirte des Bundesgebietes ausgebildet.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Vergleiche auch: "Strukturveränderungen der Kieler Studentenschaft seit 1948" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 17 (Januar)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt			Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1000	2 598	2 284	2 286	2 288	2 289	2 299
darunter										
Vertriebene 1)										
*Anzahl	1000	856 ^a	641	641	642	642	643
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28	28
Zugewanderte 2)										
*Anzahl	1000	134 ^a	148	149	149	149	153
in % der Wohnbevölkerung		5	6	7	7	7	7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen 3)										
*Anzahl		2 078	1 746	2 064	3 397	1 296	1 987	2 263
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,6	9,2	10,6	17,5	6,9	10,5	11,6
Lebendgeborene 4)										
*Anzahl		3 448	3 059	3 096	3 037	3 079	3 115	3 302
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,9	16,1	16,0	15,6	16,4	16,5	16,9
Gestorbene 5) (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 059	2 173	2 092	1 839	1 943	1 950	1 912
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,5	11,4	10,8	9,5	10,3	10,3	9,8
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	97	89	77	83	104	88
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,2	2,9	2,5	2,7	3,3	2,7
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+1 389	+ 886	+1 004	+1 198	+1 136	+1 165	+1 390
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 4,7	+ 5,2	+ 6,2	+ 6,0	+ 6,2	+ 7,1
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 521	6 381	5 545	6 001	6 121
darunter										
Vertriebene		2 173	1 565	1 499	1 315	1 484	1 448
Zugewanderte		.	1 054	969	1 048	883	1 136
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 233	5 897	5 173	5 978	5 049
darunter										
Vertriebene		9 662	1 785	1 704	1 524	1 603	1 337
Zugewanderte		.	760	741	641	755	619
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	+ 288	+ 484	+ 372	+ 23	+1 072
darunter										
Vertriebene		-7 489	- 220	- 205	- 209	- 119	+ 111
Zugewanderte		.	+ 294	+ 228	+ 407	+ 128	+ 517
*Umszüge innerhalb des Landes 6)		11 614	9 858	8 428	7 472	8 511	7 869
Wanderungsfälle 6)										
Anzahl		31 221	22 712	20 706	18 190	20 490	19 039
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr 7)		198	172	150	132	154	143
Umsiedler		6 329 ^b	551	464	489	482	324	196	348	311
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	298	207	244	246	179	87	184	146
Baden-Württemberg		2 602	37	11	28	24	24	10	29	41
Rheinland-Pfalz		2 928	8	4	8	21	9	7	14	2
Hessen		238	5	6	23	29	5	4	11	9
Hamburg		41	203	236	186	162	107	88	110	113
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage 8)										
*Beschäftigte Arbeitnehmer	1000	624 ⁺	748 ⁺	.	.	770	782
darunter										
*Männer	1000	429 ⁺	503 ⁺	.	.	519	525
*Arbeitslose										
Anzahl	1000	210	38	19	17	17	14	12	11	11
je 100 Arbeitnehmer		25,2	4,8	2,4	2,2	2,2	1,7	1,5	1,3	...
und zwar										
*Männer	1000	146 ^c	24	10	9	9	7	6	6	6
Vertriebene	1000	119 ^c	10	.	.	5	.	.	.	3

* Die mit einem vorangestellten Stern (*) versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+ = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umszüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte

a) am 13. 9. 1950 b) ohne Anrechnungsfälle c) Vertriebene und Zugewanderte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		July	Aug.	Sept.	June	July	Aug.	Sept.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^d	1 196 ^d	.	.	.	1 319	.	.	.
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^d	441 ^d	.	.	.	451	.	.	.
*Schweine	1000	1 031 ^d	1 328 ^d	.	.	1 346	1 252	.	.	p1 433
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^d	135 ^d	.	.	138	147	.	.	p 156
darunter										
*trächtig	1000	68 ^d	86 ^d	.	.	87	96	.	.	p 98
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	16	12	16	23	13	15	19	...
*Kälber	1000 St	14	5	3	2	2	4	3	3	...
*Schweine	1000 St	45	79	65	67	66	73	74	86	...
darunter										
*Hausschlachtungen ⁹⁾	1000 St	18 ^e	13 ^f	1	1	1	1	1	1	...
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾ (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	9,7	8,4	8,5	11,0	9,4	9,7	11,7	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,4	2,6	3,3	4,8	2,7	3,1	4,0	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,9	5,5	5,8	5,8	6,2	6,3	7,3	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	223	208	208	214	208	207	207	...
*Kälber	kg	26	51	61	60	59	63	62	62	...
*Schweine	kg	98	89	86	88	90	87	86	86	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	140	157	130	104	183	161	138	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	11,9	9,9	8,1	13,8	11,7	10,1	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	88	90	90	88	92	92	91	...
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	162	164	165	166	169	169	171	...
darunter ¹¹⁾										
*Arbeiter	1000	91	133	135	136	137	139	139	140	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	23 878	23 782	23 634	25 088	24 285	22 824	25 091	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	20,4	55,0	58,1	55,2	56,9	63,6	63,2	66,1	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	5,6	17,5	17,2	17,1	17,5	19,4	19,2	19,4	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	80	56	56	57	64	63	64	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³⁾	.	10 167	10 722	11 169	9 711	12 386	11 832	12 293	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	41	37	39	42	41	42	44	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	30	76	73	76	79	78	80	85	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	11	20	17	18	19	18	20	21	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mill. DM	201	504	511	510	529	500	523	582	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mill. DM	10	70	72	81	65	59	90	118	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieerzeugung	1950=100	115 ^{g)}	236	226	231	r 252	258	233
einschl. Energie und Bau										
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		107	599	597	607	618	616	613	622	...
Industrie der Steine und Erden		111	224	270	264	283	283	285	268	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	107	95	108	113	168	147	158	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	116	80	115	r 130	172	r 77	124	...
Mineralölverarbeitung		117	892	922	908	1 130	r1 125	1 094	1 119	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	839	811	796	867	r 1 046	r 970	920	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	96	96	92	103	110	102	109	...
papierzeugenden Industrie		102	272	241	274	273	284	r 308	301	...
Schiffbaues		126	322	325	326	309	302	r 254	281	...
Maschinenbaues		134	245	219	208	267	r 277	r 209	254	...
elektrotechnischen Industrie		144	506	431	515	581	r 473	r 516	557	...
feinmechanischen und optischen Industrie		159	654	524	594	719	709	r 742	671	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		119	189	171	184	204	236	r 194	221	...
lederzeugenden Industrie		97	113	109	107	115	68	73	76	...
Schuhindustrie		102	196	95	156	198	200	100	226	...
Textilindustrie		118	173	148	154	195	177	145	205	...
Bekleidungsindustrie		115	121	94	131	141	102	r 107	120	...
Fleischwarenindustrie		137	178	162	172	193	179	r 180	188	...
fischverarbeitenden Industrie		143	222	189	244	289	126	163	241	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	117	122	99	81	170	r 127	106	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	254	268	272	248	267	239	243	...
Bauproduktion		92	208	231	231	r 240	258	236

9) gewerbliche Schlachtungen 10) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren d) Dezember e) ϕ Winterhalbjahr 1950/51 = 35 f) ϕ Winterhalbjahr 1959/60 = 24 g) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		Jul	Aug.	Sept.	Jun	Jul	Aug.	Sept.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	66	111	101	107	116	106	121	137	...
*Stromverbrauch 15)	Mill. kWh	70	154	142	148	152	148	157	172	...
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mill. cbm	11	17	14	14	15	15	15	16	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17)										
*Beschäftigte		39 835	58 209	63 369	63 219	63 376	p63146	p63241
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 499	11 241	10 805	11 224	p10625	p10414
darunter										
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 537	5 180	5 192	5 244	p4 747	p4 438
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	8,5	24,9	29,5	28,3	29,9	p 31,5	p 31,2
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	0,5	1,6	1,6	1,6	1,6	p 1,8	p 1,8
*Umsatz	Mill. DM	24,3	79,5	95,8	90,6	92,6	p 93,8	100,3
Baugenehmigungen 18)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	1 060	663	1 427	1 364	1 309	1 217	1 416	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	521	397	637	619	315	343	368	...
Veranschlagte reine Baukosten 19)										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	22,2	71,1	43,0	89,9	82,9	104,2	97,8	102,5	...
darunter										
für Wohngebäude	Mill. DM	16,9	52,0	27,4	71,4	65,6	76,8	71,8	77,7	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden 19)										
(ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	1 184	713	1 509	1 357	1 501	1 611	1 577	...
darunter										
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	798	415	1 091	999	1 068	989	1 117	...
*Wohnungen 20)		2 306	2 382	1 212	3 217	2 809	3 226	3 074	3 386	...
darunter										
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	2 149	1 010	2 904	2 570	2 953	2 758	3 099	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	2 107	1 738	1 740	2 194	1 765	1 642	2 299	...
Wohnräume 22)		4 926	8 309	6 434	6 938	8 828	6 767	6 626	9 104	...
HANDEL										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1959=100	.	100	108	97	94	106	110	108	...
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	100	108	104	97	107	113	110	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	100	105	76	79	107	106	88	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	100	95	93	97	95	100	112	...
*Sonstige Waren		.	100	103	93	100	105	102	108	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	1 538	474	677	415	657	589	459	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 526	2 810	396	1 344	1 813	2 404	485	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	11 742	11 955	10 589	11 135	12 735	14 516	16 069	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	34 061	28 339	32 645	38 492	28 831	25 557	29 577	...
*Ausfuhr nach Warengruppen 23)										
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	0,7	6,7	6,1	6,5	6,9	6,2	7,2
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	6,5	69,6	53,5	50,3	65,8	103,6	75,9
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	0,2	2,5	2,5	1,8	2,9	2,8	3,2
*Halbwaren	Mill. DM	2,3	5,8	5,4	4,0	5,2	7,5	6,9
*Fertigwaren	Mill. DM	4,0	61,3	45,7	44,5	57,6	93,3	65,8
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	0,5	2,9	2,5	2,4	2,9	2,4	2,9
*Enderzeugnisse	Mill. DM	3,5	58,3	43,2	42,1	54,7	90,9	62,8
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 23)										
Dänemark	Mill. DM	0,8	7,8	4,3	3,7	4,3	6,3	16,8
Indien	Mill. DM	0,0	3,5	0,5	0,8	0,3	0,7	16,3
Ägypten	Mill. DM	0,0	0,3	0,0	0,3	0,3	0,2	4,8
Großbritannien	Mill. DM	0,1	7,0	5,1	18,3	3,5	10,1	4,5
Niederlande	Mill. DM	0,6	7,4	4,3	3,2	3,9	16,2	4,3
Frankreich	Mill. DM	0,1	2,1	2,0	1,9	4,3	2,8	3,2
Schweden	Mill. DM	0,6	7,2	3,2	2,8	2,4	4,5	3,1
Italien	Mill. DM	0,2	2,0	1,3	1,7	2,7	3,6	3,1
VERKEHR										
Seeschifffahrt 24)										
Güterempfang	1000 t	141	391	462	454	460	472	492
Güterversand	1000 t	86	109	122	166	138	125	114
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	118	112	120	127	131	158	154	...
*Güterversand	1000 t	.	217	278	243	300	251	263	275	...

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude; ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 bis 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1960 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1959/60 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		Jul	Aug.	Sept.	Jun	Jul	Aug.	Sept.
noch: VERKEHR										
Nord-Ostsee-Kanal ²⁵⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	6 120	7 134	7 345	7 302	6 831	7 784	7 817	...
darunter										
deutsche	%	64,0	65,9	66,7	68,2	66,7	63,0	63,3	67,4	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	3 011	3 252	3 302	3 316	3 561	3 929	3 688	...
darunter										
deutscher Anteil	%	23,3	30,4	31,4	34,5	32,2	28,8	31,3	30,7	...
Güterverkehr	1000 t	2 492	4 165	4 407	4 606	4 625	4 924	5 474	5 221	...
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,6	34,8	36,8	34,5	31,7	34,1	33,2	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	2 073	2 063	2 219	2 095	2 354	2 447	2 331	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	2 091	2 345	2 387	2 530	2 570	3 027	2 890	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		1 244	3 581	3 731	2 649	3 792	4 312	3 424	3 490	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	179	277	154	121	277	210	163	...
*Personenkraftwagen		398	2 457	2 464	1 658	2 492	3 071	2 346	2 404	...
*Kombinationskraftwagen			179	183	117	181	194	162	134	...
*Lastkraftwagen		247	295	301	233	334	335	295	364	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		826	2 750	3 579	3 551	2 955	3 503	3 998	p4 148	...
davon										
*mit Personenschaden		417	1 016	1 403	1 356	1 234	1 308	1 439	p1 425	...
*nur mit Sachschaden		409	1 733	2 176	2 195	1 721	2 195	2 559	p2 723	...
*Getötete Personen ²⁶⁾		17	42	39	43	59	31	46	p 63	...
*Verletzte Personen		493	1 277	1 842	1 794	1 536	1 705	1 910	p1 813	...
Fremdenverkehr ²⁷⁾										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ^h	124 ^h	328	290	133	213	337	286	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	2 ^h	16 ^h	52	36	18	25	55	39	...
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ^h	784 ^h	2 905	2 589	846	1 346	2 900	2 714	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	5 ^h	35 ^h	138	91	37	48	116	86	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁸⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	741 ⁱ	3 638 ⁱ	3 402	3 425	3 491	3 949	3 987
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	441 ⁱ	1 038 ⁱ	1 018	1 002	1 017	1 198	1 198
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mill. DM	428 ⁱ	1 032 ⁱ	1 015	999	1 015	1 195	1 195
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	299 ⁱ	2 600 ⁱ	2 384	2 423	2 474	2 751	2 789
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mill. DM	263 ⁱ	2 232 ⁱ	2 051	2 086	2 132	2 362	2 395
*Einlagen von Nichtbanken ²⁸⁾	Mill. DM	408 ⁱ	2 458 ⁱ	2 300	2 378	2 402	2 603	2 591
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	277 ⁱ	1 163 ⁱ	1 122	1 179	1 184	1 206	1 178
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	231 ⁱ	922 ⁱ	923	951	948	959	946
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	131 ⁱ	1 294 ⁱ	1 178	1 199	1 218	1 397	1 413
darunter										
*bei Sparkassen	Mill. DM	94 ⁱ	864 ⁱ	792	806	818	936	946	958	...
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	8	65	65	60	58	62	74
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	7	46	55	39	38	50	59
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	8	7	8	8	6	7	5	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	3	2	3	5	-	-	2	...
Wechselproteste	Anzahl	682	695	698	704	661	874	797
Wert	1000 DM	517	467	475	432	415	462	495
STEUERN ²⁹⁾										
*Landessteuern	1000 DM	14 273	38 559	29 283	29 104	58 514	65 535	33 581	33 803	...
darunter										
*Vermögensteuer	1000 DM	268	1 701	588	3 573	333	566	235	3 818	...
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	4 166	4 120	3 612	4 023	4 701	4 771	4 472	...
*Biersteuer	1000 DM	248	492	504	554	747	493	567	663	...
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	107310	106161	101292	121662	120728	108866	105820	...
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	32 748	32 413	33 877	33 245	34 731	37 476	36 047	...
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 139	1 249	1 254	1 243	1 168	1 359	1 304	...
*Zölle	1000 DM	1 381	8 277	8 581	7 287	7 876	7 196	8 426	9 799	...
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	48 928	51 973	48 486	51 565	46 731	47 814	46 798	...
darunter										
*Tabaksteuer	1000 DM	22 295	36 792	39 565	38 091	39 622	30 763	35 923	36 581	...
*Notopfer Berlin ³⁰⁾	1000 DM	951	206	228	124	143	36	50	95	...
außerdem: *Lastenausgleichsabgaben ³¹⁾	1000 DM	5 569	7 061	6 447	9 357	2 649	2 371	3 193	8 593	...

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 27) ab April 1960 = vorläufige Zahlen 28) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 29) Rechnungsjahr 30) ohne Abgabe auf Postsendungen 31) 1950; nur Soforthilfe-Abgaben h) 1950; Angaben aus 110 Berichtsgemeinden; für das Sommerhalbjahr (April - September) Mts: -Ø 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1955 Angaben aus 165 Berichtsgemeinden, ab April 1960 aus 163 Berichtsgemeinden; für das Sommerhalbjahr 1959 Mts. -Ø 188 000 Fremdenmeldungen mit 1 370 000 Übernachtungen i) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
				Monats-Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.
noch: STEUERN ³²⁾										
Steuern vom Einkommen	1000 DM	11 560	45 752	33 474	29 324	78 830	88 186	39 262	33 649	...
davon										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	15 916	19 167	18 187	17 561	16 300	23 480	22 237	...
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	21 988	12 117	9 887	44 086	50 786	13 864	8 686	...
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	89	558	1 201	434	31	887	577	1 027	...
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	7 289	989	815	17 172	20 214	1 342	1 700	...
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1000 DM	26 416 ⁺	66 772 ⁺	63 677 ^j	.	.	72 686 ^j
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 795 ⁺	6 388 ^j	.	.	6 407 ^j
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 959 ⁺	12 684 ^j	.	.	12 024 ^j
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 086 ⁺	43 649 ⁺	40 508 ^j	.	.	49 707 ^j
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 369 ⁺	4 097 ^j	.	.	4 546 ^j
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	6 244 ⁺	6 135 ^j	.	.	6 144 ^j
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	97	96	97	98	98	98	p 97	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	133	132	132	132	132	p 130	...
Erzeugerpreise industrieller Produkte	1950=100	100	124	124	124	124	125	126	126	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	100 ^k	137 ^m	144	139	137	134	p 135	p 128	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1954=100	.	122	.	123
Einkaufspreise landwirtschaftlicher										
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51=100	100 ^k	131 ^m	130	131	131	132	132	132	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	112	113	112	112	113	114	112	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³³⁾	1950=100	100	121	121	121	121	122,6	123,5	123,2	...
darunter										
Ernährung	100	128	128	128	129	130,2	131,7	128,6
Wohnung	100	122	123	123	123	124,4	125,4	135,0
Heizung und Beleuchtung	100	144	143	144	145	146,2	r146,8	147,1
Bekleidung	100	105	104	104	105	106,9	107,0	107,1
Hausrat	100	112	112	112	112	111,8	112,0	112,4
LOHNE UND GEHALTER ³⁴⁾										
Arbeitervergdienste in der Industrie ³⁵⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	122,19	.	125,00
darunter										
Facharbeiter	DM	68,90	130,07	.	132,34
*weiblich	DM	37,09	72,36	.	72,41
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	130,4	257,4	.	259,7
darunter										
Facharbeiter	Pf	139,8	272,6	.	275,3
*weiblich	Pf	80,8	164,1	.	165,7
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	49,2	47,5	.	48,1
*weiblich	Std.	45,9	44,1	.	43,7
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	.	44,1	.	44,5
*weiblich	Std.	.	41,1	.	41,0
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	620	.	620
*weiblich	DM	.	401	.	399
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	723	.	720
*weiblich	DM	.	415	.	416
im Handel ³⁶⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	572	.	580
*weiblich	DM	.	346	.	353
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	590	.	599
*weiblich	DM
in Industrie ³⁵⁾ und Handel ³⁶⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	587	.	592
*weiblich	DM	.	362	.	367
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	716	.	714
*weiblich	DM	.	411	.	413

+ = Vierteljahresdurchschnitt

32) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 33) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltungseinnahmen. Die Preise im Saarland sind ab Januar 1960 in der Bundesdurchschnittsrechnung mit berücksichtigt 34) Effektivverdienste: Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1959 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 35) einschl. Baugewerbe 36) Handel, Geld- und Versicherungswesen

j) 1. 4. - 30. 6. k) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) m) Wirtschaftsjahr 1959/60 (Juli - Juni)

Jahreszahlen B*

Art der Angabe	Zeit 1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
HANDEL												
Index der Einzelhandelsumsätze		1958=100	100	104
Ausfuhr	JS	Mill. DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3	775,5	812,0	915,5
davon Güter der Ernährungswirtschaft	JS	Mill. DM	8,9	37,7	31,2	32,4	34,2	47,1	67,1	52,3	60,9	80,6
Gewerblichen Wirtschaft	JS	Mill. DM	74,0	194,9	283,0	342,2	475,3	533,8	652,2	723,2	751,0	834,8
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2
VERKEHR												
Seeschifffahrt												
Güterempfang	JS	1000 t	1 689	2 290	2 559	2 714	2 915	4 019	3 829	4 253	4 525	p4 697
Güterversand	JS	1000 t	1 033	1 022	1 040	1 058	1 460	1 324	1 384	1 218	1 228	p1 305
Binnenschifffahrt												
Güterempfang	JS	1000 t	.	.	.	719	1 016	1 169	1 305	1 411	1 507	1 412
Güterversand	JS	1000 t	.	.	.	1 593	1 767	2 002	1 865	1 781	2 342	2 599
Nord-Ostsee-Kanal												
Schiffsverkehr												
Schiffe	JS		47 271	52 612	56 267	54 993	56 687	62 911	62 402 ^{a)}	66 588	67 738	73 443
Raumgehalt	JS	1000 NRT	17 771	20 886	22 708	22 498	25 745	31 279	31 601	33 169	33 542	36 137
Güterverkehr	JS	1000 t	29 907	32 429	32 948	32 897	39 412	46 595	47 069	47 348	46 083	49 974
und zwar												
auf deutschen Schiffen	JS	%	20,1	25,7	31,7	31,8	29,6	30,4	31,8	32,5	32,6	32,6
Richtung West-Ost	JS	1000 t	13 461	15 313	16 722	15 871	19 022	23 533	23 982	24 346	22 868	24 880
Richtung Ost-West	JS	1000 t	16 446	17 116	16 225	17 026	19 491	23 062	23 087	23 003	23 216	25 095
Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen	JS		14 922	17 923	21 942	26 484	28 887	29 456	29 793	33 040	39 140	42 967
darunter Pkw 2)	JS		4 780	5 730	6 965	8 583	11 268	13 727	15 802	19 780	25 280	29 485
Kraftfahrzeugbestand												
Kraftfahrzeuge	1. 7.	1000	66 ^{b)}	88 ^{b)}	112	139	167	188	204	225	246	273
darunter												
Krafträder	1. 7.	1000	22 ^{b)}	31 ^{b)}	41	52	63	70	72	73	69	64
Pkw	1. 7.	1000	20 ^{b)}	27 ^{b)}	34	42	54	65	75	92	113	140
Lkw	1. 7.	1000	16 ^{b)}	19 ^{b)}	23	26	28	28	27	28	28	28
Straßenverkehrsunfälle												
Unfälle	JS		9 912	11 648	13 481	16 902	17 930	20 687	22 798	26 270	30 155	32 994
Getötete Personen 3)	JS		208	220	230	333	358	400	428	416	477	504
Verletzte Personen	JS		6 910	7 141	7 918	10 270	10 759	12 028	12 627	12 948	13 562	15 326
Fremdenverkehr 4)												
Fremdenmeldungen	JS	1000	367	605	717	789	833	988	1 184	1 265	1 329	1 473
darunter												
Auslandsgäste	JS	1000	20	43	69	93	119	156	182	183	181	187
Fremdenübernachtungen	JS	1000	2 239	3 235	3 924	4 404	4 723	5 539	6 803	7 463	8 127	9 358
darunter												
Auslandsgäste	JS	1000	48	98	150	207	275	329	384	392	402	411
GELD UND KREDIT												
Spareinlagen	31. 12.	Mill. DM	131	154	223	337	507	606	704	871	1 054	1 294
je Einwohner	31. 12.	DM	51	62	92	144	220	266	310	385	463	565
ÖFFENTLICHE FÖRSORGE 5)												
Laufend unterstützte Personen	31. 3.	1000	114,6	85,1	69,0	72,7	73,3	70,5	61,2	72,5	64,9	60,0
je 1 000 Einwohner	31. 3.		43,4	33,5	27,9	30,2	31,4	30,7	27,1	32,2	28,7	26,3
Gesamtaufwand	Rj. (JS)	Mill. DM	62,0	64,4	66,0	73,5	77,1	73,4	83,1	85,6	90,7	90,7
je Einwohner	Rj. (JS)	DM	24	26	27	31	33	32	37	38	40	40
ÖFFENTLICHE FINANZEN												
Landessteuern	Rj. (JS)	Mill. DM	171	192	221	232	247	253	302	332	386	463
darunter												
Kraftfahrzeugsteuer	Rj. (JS)	Mill. DM	15	16	18	20	23	29	33	38	43	50
je Einwohner	Rj. (JS)	DM	67	77	90	97	106	110	133	147	170	203
Bundessteuern	Rj. (JS)	Mill. DM	536	675	790	761	764	869	976	1 034	1 123	1 288
darunter												
Umsatzsteuer	Rj. (JS)	Mill. DM	175	235	260	272	286	318	325	343	358	393
je Einwohner	Rj. (JS)	DM	210	272	321	319	329	380	433	458	495	564
Steuern vom Einkommen 6)	Rj. (JS)	Mill. DM	139	217	293	299	314	284	338	374	452	549
je Einwohner	Rj. (JS)	DM	54	87	119	125	135	124	149	166	199	240
Gemeindesteuern	Rj. (JS)	Mill. DM	119	140	158	170	183	192	209	222	254	292
darunter												
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme	Rj. (JS)	Mill. DM	43	59	76	85	96	103	116	127	156	192
je Einwohner	Rj. (JS)	DM	47	56	64	71	79	84	93	98	112	128
Verschuldung (ohne Kassenkredite)												
des Landes	31. 3.	Mill. DM	.	780	838	1 069	1 232	1 343	1 454	1 518	1 482	1 631
der Gemeinden u. Gemeindeverbände	31. 3.	Mill. DM	37	75	104	142	189	251	298	355	430	497
darunter												
Kreditmarktmittel	31. 3.	Mill. DM	.	23	31	46	70	86	119	160	215	264

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit A 1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Rj. = Rechnungsjahr 2) ohne Kombinations- und Krankenkraftwagen 3) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 4) Fremdenverkehrsjahre (Oktober - September); Angaben bis 1954 aus 110, ab 1955 aus 165 Berichtsgemeinden. Für 1950 nur Sommerhalbjahr 5) einschl. Tbc-Hilfe 6) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag in den Zeilen Bundes- und Landessteuern enthalten a) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt — Landkreis	Wohnbevölkerung am 30. 6. 1960					Arbeits- lose ³⁾ am 30. 9. 1959	Einnahmen aus Gemeindesteuern im 1. RvJ. 1960 in 1 000 DM	Gesamtaufwand der öffentlichen Fürsorge ⁴⁾ im Rj. 1959 in DM je Einw.
	ins- gesamt	darunter Vertriebene ¹⁾		Veränderung der Wohnbevölkerung in % gegenüber Volkszählung				
		Anzahl	in %	1939 ²⁾	1950 ²⁾			
Flensburg	97 203	23 710	24	+ 37	- 5	1 269	4 373	33,87
Kiel	270 732	59 885	22	- 2	+ 5	3 266	12 249	33,69
Lübeck	231 802	75 469	33	+ 50	- 3	2 191	14 029	35,35
Neumünster	73 087	20 839	29	+ 35	- 1	696	3 350	27,58
Eckernförde	65 590	20 362	31	+ 55	- 23	595	1 291	36,35
Eiderstedt	19 136	3 575	19	+ 26	- 27	88	609	27,14
Eutin	89 474	31 119	35	+ 74	- 16	815	2 320	30,50
Flensburg-Land	63 545	14 183	22	+ 42	- 19	470	879	23,62
Hzgt. Lauenburg	129 785	45 438	35	+ 78	- 14	853 ^a	2 964	26,08
Husum	62 231	11 314	18	+ 31	- 21	392	1 624	24,85
Norderdithmarschen	57 437	14 343	25	+ 30	- 26	321	1 442	27,89
Oldenburg (Holstein)	78 602	23 125	29	+ 48	- 21	1 109	1 983	23,85
Pinneberg	211 610	65 835	31	+ 90	+ 6	682	8 186	21,34
Plön	108 097	29 744	28	+ 60	- 13	773	2 110	25,35
Rendsburg	155 909	43 108	28	+ 59	- 15	1 422	3 752	26,00
Schleswig	98 176	21 853	22	+ 27	- 23	641	2 300	27,85
Segeberg	92 695	28 662	31	+ 73	- 17	449	1 994	22,50
Steinburg	122 274	35 913	29	+ 42	- 22	396	4 712	28,16
Stormarn	140 380	46 414	33	+ 107	- 4	542	4 644	22,17
Süderdithmarschen	71 827	16 989	24	+ 33	- 27	215	1 891	26,22
Südtondern	59 635	11 107	19	+ 29	- 17	138	2 128	22,66
Schleswig-Holstein	2 299 227	642 987	28	+ 45	- 11	17 323	78 830	30,65

Kreisfreie Stadt — Landkreis	Industrie ⁵⁾		Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1960			Straßenverkehrsunfälle im 2. Vj. 1960		
	Be- schäf- tigte am 31. 8. 1960	Umsatz in Mill. DM im Aug. 1960	Kraft- räder	Pkw ⁷⁾	Lkw	Un- fälle	Getö- tete ⁸⁾	Ver- letzte
Flensburg	7 574	19,8	1 642	7 093	1 355	480	1	212
Kiel	34 655	111,1	4 494	20 094	3 572	1 374	6	585
Lübeck	34 399	85,8	4 308	15 730	3 206	1 169	9	521
Neumünster	12 649	28,2	1 450	5 744	1 118	389	8	170
Eckernförde	1 723	3,6	1 935	4 655	643	235	12	142
Eiderstedt	364	1,9	816	1 568	247	45	-	26
Eutin	4 252	13,8	3 072	6 392	1 196	424	4	228
Flensburg-Land	696	1,7	1 981	5 718	653	210	3	140
Hzgt. Lauenburg	9 098	16,9	4 249	9 320	1 236	454	10	243
Husum	921	1,6	2 067	4 522	781	247	7	123
Norderdithmarschen	898	2,2	1 455	4 760	828	152	3	76
Oldenburg (Holstein)	1 078	6,1	2 598	5 744	873	277	4	133
Pinneberg	19 036	71,6	5 295	15 988	2 990	826	18	351
Plön	1 924	8,0	3 330	7 503	1 137	366	8	220
Rendsburg	9 797	19,4	4 078	11 495	2 004	566	9	281
Schleswig	3 804	27,3	2 604	8 100	1 189	363	2	141
Segeberg	4 525	14,5	3 298	8 150	1 365	392	13	229
Steinburg	9 427	34,2	3 650	8 369	1 614	470	4	241
Stormarn	7 871	79,8	3 839	10 791	1 567	540	13	232
Süderdithmarschen	4 957	30,3	2 071	5 463	720	179	2	72
Südtondern	1 238	4,5	1 978	4 899	896	179	1	95
Schleswig-Holstein	170 886	582,3	60 210	172 098	29 190	9 337	137	4 461

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) nach dem Gebietsstand vom: 30. 6. 1960 3) Quelle: Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein 4) einschl. Tbc-Hilfe 5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 6) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 7) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 8) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen a) einschl. Durchgangslager Wentorf (318 Arbeitslose)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bund	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württg.	Bayern	Saar- land
Bevölkerung												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1000	30.6.1960	53 372	2 299	1 830	6 553	697	15 733	4 738	3 893	7 650	9 428	1 051
darunter Vertriebene ¹	"	18*	28	14	26	16	16	19	9	18	19	.
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	6*	7	9	8	8	7	7	5	6	4	.
Zugewanderte ²	"	+ 33	+ 45	+ 7	+ 44	+ 24	+ 32	+ 36	+ 15	+ 40	+ 33	+ 18
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	+ 11	- 9	+ 16	- 3	+ 26	+ 20	+ 11	+ 14	+ 20	+ 3	+ 11
Veränderung in % 30.6.1960 geg. VZ 1939	"											
30.6.1960 geg. 31.12.1950	"											
Bevölkerungsdichte ³ , Einwohner je qkm	"	215	147	2 448	138	1 726	463	224	171	214	134	409
Unterricht, Bildung und Kultur												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1000	Mai 1958 ⁴	6 156	314	200	807	80	1 766	555	398	811	1 107	118
je 1000 Einwohner	"	118	139	111	124	120	116	120	120	111	120	115
Arbeit												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁵ in 1000	30.6.1960	20 271	782	812	2 377	294	6 513	1 726	1 133	2 961	3 324	349
Arbeitslose in 1000	31.8.1960	113	11	4	18	3	37	6	5	5	22	2
je 100 Arbeitnehmer ⁶	"	0,6	1,3	0,5	0,7	1,1	0,6	0,4	0,4	0,2	0,7	0,6
Arbeitslose Vertriebene in % aller Arbeitslosen des betr.Landes	31.3.1960	17,5	28,6	6,9	24,7	8,4	8,9	20,0	8,1	18,9	18,7	4,6
Volkseinkommen												
Brutto-Inlandsprodukt ⁷ in Mill. DM	1958 ⁸	227 590*	7 219	14 589	23 921	4 244	75 353	19 379	11 323	32 753	33 858	.
	1959 ⁹	244 900*	7 900	16 000	26 000	4 500	79 700	21 100	12 200	35 400	36 800	.
in DM je Einwohner	1958 ⁸	4 451*	3 182	8 118	3 678	6 326	4 917	4 190	3 396	4 446	3 667	.
	1959 ⁹	4 700*	3 500	8 800	4 000	6 600	5 100	4 500	3 600	4 700	3 900	.
Landwirtschaft												
Erzeugung von Kuhmilch in 1000 t	Juli 1960	1 770	161	2	382	3	286	116	80	226	504	11
in kg je Kuh und Tag	"	10,0	11,7	10,6	12,3	12,5	11,7	9,4	7,9	8,3	9,1	9,7
Industrie												
Beschäftigte ¹⁰ in 1000	30.6.1960	7 757	169	232	703	109	2 811	646	355	1 394	1 163	175
je 1000 Einwohner	"	145	73	127	107	156	179	136	105	182	123	166
Umsatz ¹⁰ in Mill. DM	Juni 1960	20 591	500	1 108	2 100	400	7 732	1 632	890	3 301	2 568	361
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 246	59	158	359	94	1 145	307	144	515	333	131
Produktionsindex ¹¹ (arbeitsmäßig) 1950 = 100	"	p 256*	258	248	281	289	.	309	.	278	268	.
Bauwirtschaft¹² und Wohnungswesen												
Beschäftigte in 1000	30.6.1960	1 407	63	49	183	22	401	119	81	208	249	32
je 1000 Einwohner	"	26,4	27,5	26,8	27,9	31,0	25,5	25,1	23,8	27,1	26,4	30,0
Gelohnte Arbeitsstunden in Mill. je Einwohner	Juni 1960	234	11	8	30	4	67	19	13	36	41	5
	"	4,4	4,6	4,4	4,6	5,2	4,2	4,1	3,9	4,6	4,4	4,9
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹³ Anzahl je 10 000 Einwohner	Juli 1960	59 092	3 074	4 213	6 287	639	14 480	4 937	3 245	10 706	10 664	847
	"	11,1	13,4	23,0	9,6	9,2	9,2	10,4	9,6	14,0	11,3	8,1
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl je 10 000 Einwohner	"	35 615	1 642	1 449	4 171	242	11 087	2 970	1 956	5 802	5 634	662
	"	6,7	7,1	7,9	6,4	3,5	7,0	6,3	5,8	7,6	6,0	6,3
Ausfuhr												
Ausfuhr in Mill. DM ⁸	Juni 1960	3 786 ^b	110	173	406	78	1 279	345	155	581	373	141
Verkehr												
Strassenverkehrsunfälle ⁸ Anzahl je 10 000 Einwohner	2.Vj.1960	231 358	9 337	13 589	24 921	3 977	69 515	22 426	14 060	31 814	37 416	4 303
	"	43	41	74	38	57	44	47	41	42	40	41
Getötete Personen ⁸ Anzahl je 1000 Unfälle	"	3 367	137	64	455	33	943	292	242	519	605	77
	"	15	15	5	18	8	14	13	17	16	16	18
Steuern												
Steueraufkommen in DM je Einwohner	1.Rvj.1960	85	53	177	67	112	97	100	58	88	71	51
Landessteuern ¹⁴	"	156	138	539	114	345	176	130	107	143	115	104
Bundessteuern ¹⁵	"	42	34	66	38	55	51	40	30	42	33	22
Gemeindesteuern	"											
Geld und Kredit												
Bestand an Spareinlagen in DM je Einwohner	31.7.1960	838	614	1 178	778	958	895	838	731	856	796	773

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z.Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Gebietsstand: 1.4.1959 4) Bayern: Oktober 1958 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) Beschäftigte und Arbeitslose 7) Das Bruttoinlandsprodukt der Länder ist mit dem des Bundesgebietes nur bedingt vergleichbar, da für das Bundesgebiet bereits generalbereinigte Werte vorliegen (s. Wirtschaft und Statistik, Heft 1 und 3/1960) 8) vorläufige Zahlen 9) erste vorläufige Ergebnisse 10) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 11) Gesamtindex (ohne Bau) 12) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 13) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 14) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 15) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin a) ohne Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z.B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

In den Statistischen Monatsheften
bisher erschienene Aufsätze und Kurzberichte:

Heft 1/1960

Verdienste in Industrie und Handel
Bilanzbild
Vermögensteuer
Bevölkerungsstand Ende 1958
Struktur der Studentenschaft 1948/1958

Industrie-Kleinbetriebe
Konsumgenossenschaften
Öffentliche Jugendhilfe
Ehelösungen

Heft 2/1960

Kommunalwahlen 1959
Eisenbahn-Güterverkehr 1956
Fremdenverkehrskapazität 1950 - 1959
Verdienste der Landarbeiter 1959

Kriegsbeschädigte
Schwerbeschädigte
Unterhaltsbeihilfen

Heft 3/1960

Verbrauch in Haushaltungen 1958
Arbeitskräfte Landwirtschaft
Industrieproduktion 1958
Straßenbahn- und Buslinien

Voraussichtliche Schülerzahlen
Voraussichtliche Schulentlassungen
Die großen Unternehmen
Grenzverkehr

Heft 4/1960

Eheschließungen 1958
Getreideanbau
Vieh- und Fleischwirtschaft
Schlachttiere 1955 - 1958
Soziale Krankenversicherung

Allgemeinbildende Schulen 1959
Zwischenfruchtanbau
Obsternte 1959
Wohnlager

Heft 5/1960

Fremdenverkehr 1959
Güterverkehr auf dem Wasser 1957
Ausfuhr 1958
Kraftfahrzeugbestand 1958
Bauwirtschaft 1959
Einkommen der Körperschaften 1957

Kapitalgesellschaften 1959
Zahlungsschwierigkeiten 1959

Heft 6/1960

Fürsorgeunterstützungen 1958/1959
Arbeiterrentenversicherung
Bausparen 1959
Milchwirtschaft 1959
Viehbestände 1959
Voraussichtliche Eheschließungen

Schwerbeschädigte 1960
Ingenieur- und Technikerschulen
Pflanzenbestände in Baumschulen
Berlin- und Interzonenhandel
Handwerk 1959

Heft 7/1960

Hypotheken 1957 bis 1959
Haushaltsrechnungen des Landes
Kredite und Einlagen 1959

Ausländer 1959
Veranlagte Einkommen 1957
Versorgungsberechtigte Kriegssopfer
Streiks

Heft 8/1960

Energieversorgung 1958 bis 1959
Baugenehmigungen 1959
Einzelhandelsumsätze 1959
Brief- und Paketverkehr

Vertriebene und Zugewanderte
Meldepflichtige Krankheiten 1959
Berufsschulen 1959
Klassifizierte Straßen

Heft 9/1960

Wohnungsmarkt 1960
Vermögen 1957
Wieviel Straßenverkehrsunfälle künftig?
Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaft

Feuerwehr und Brandschäden 1959

Neuerschienen:

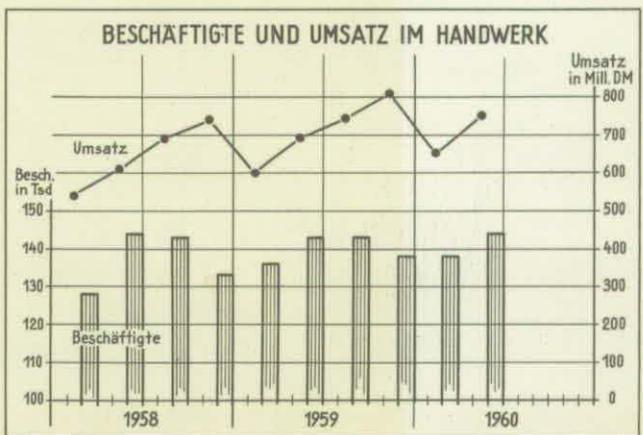
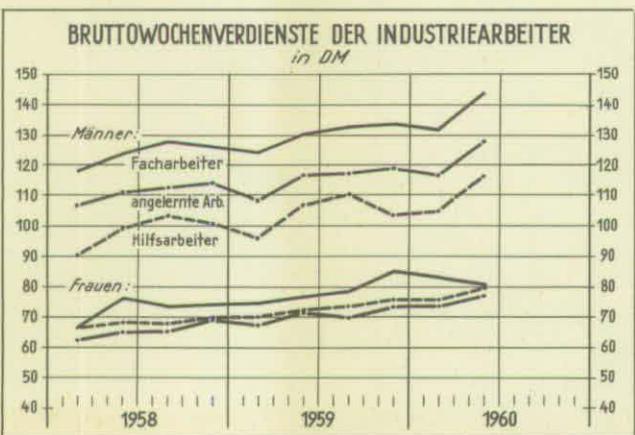
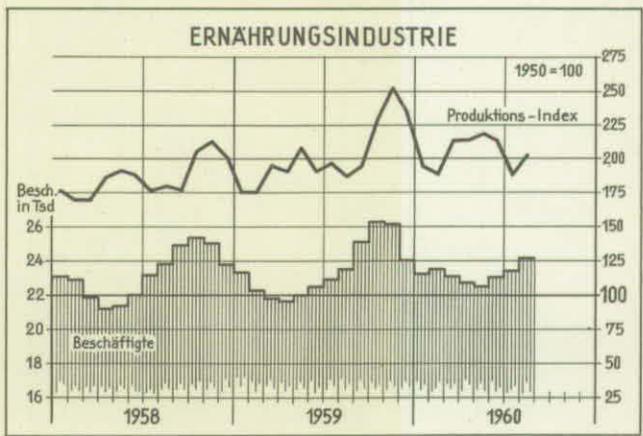
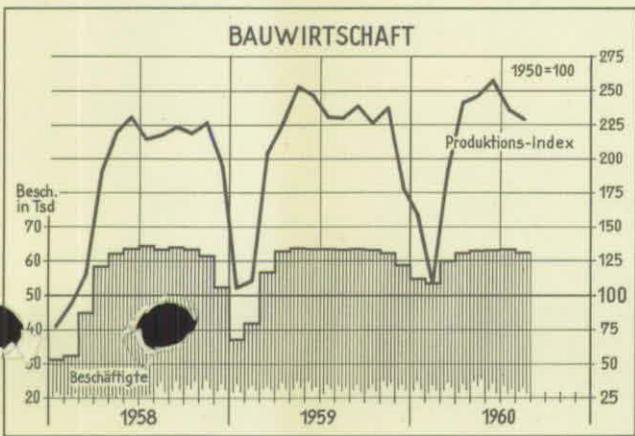
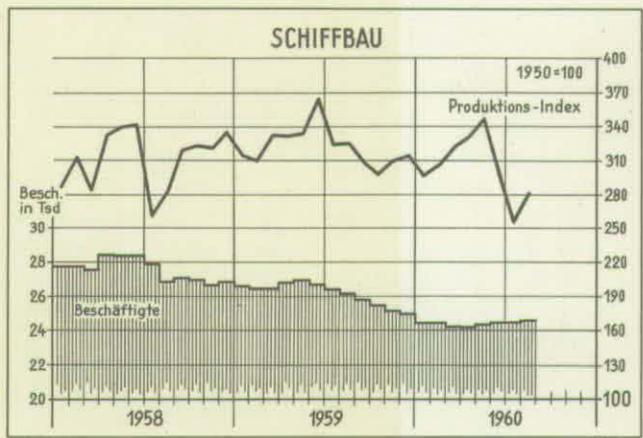
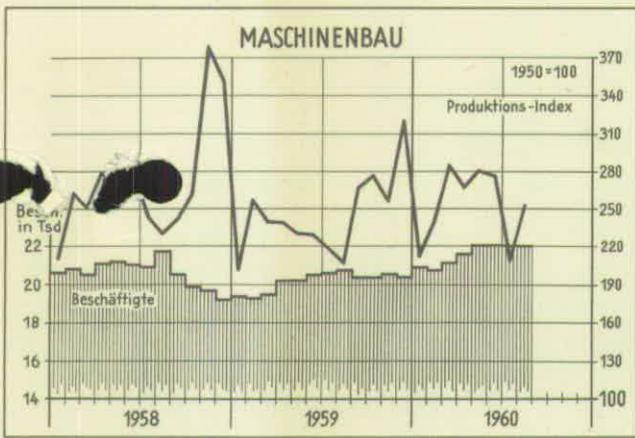
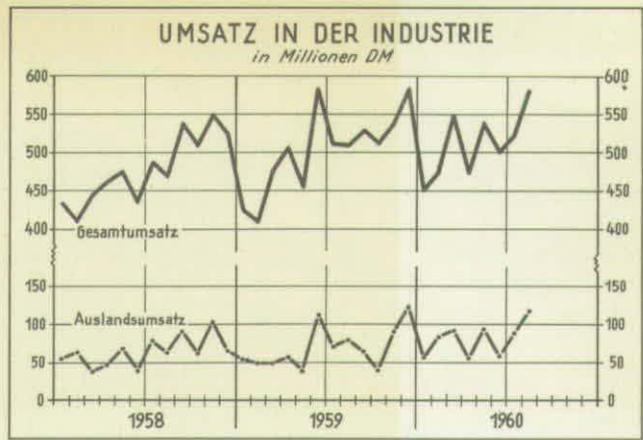
Statistik von Schleswig-Holstein

Heft 31: „Die öffentlichen Haushaltsrechnungen
- Rechnungsjahr 1958 -“

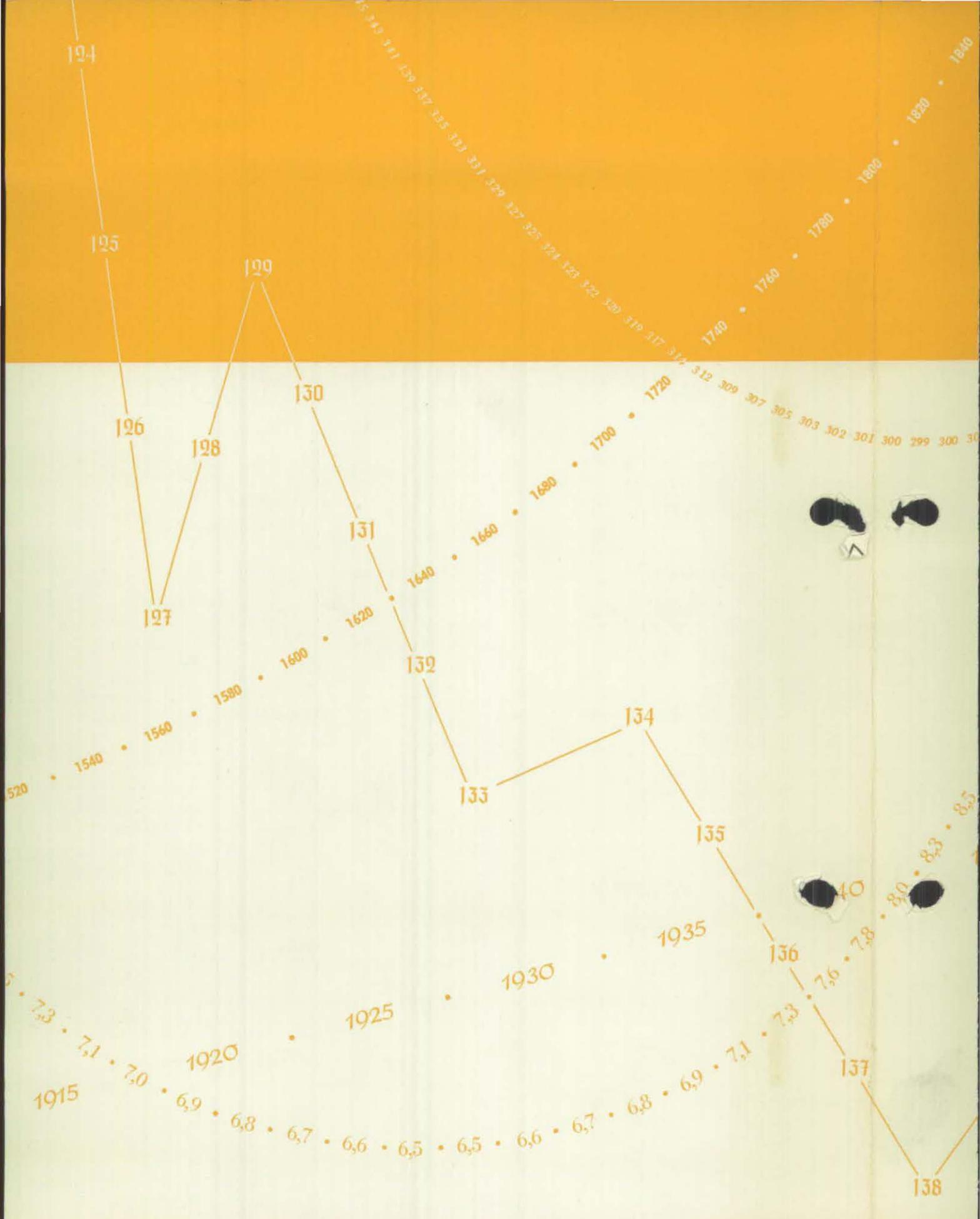
88 Seiten, Preis 7,- DM

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B*

D-2846



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerungsentwicklung (insgesamt und monatlich); Beschäftigte Arbeitnehmer; Arbeitslose; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen; Straßenverkehrsunfälle.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen